

N i e d e r s c h r i f t

**der 33. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
30.05.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:02 Uhr bis 17:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	Teilnahme ab 14:27 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	Teilnahme von 15:30 bis 16:41 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:59 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:07 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Teilnahme bis 18:04 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	Teilnahme bis 16:41 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Andreas Hajek	parteilos	
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme ab 14:21 Uhr
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:04 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Frau Elisabeth Krausbeck
Herr Christoph Menn
Herr Oliver Paulsen
Herr Dietmar Weihrich
Herr Gerhard Pitsch
Herr Egbert Geier
Herr Uwe Stäglin
Herr Dr. Bernd Wiegand
Herr Tobias Kogge
Herr Wolfram Neumann

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
NPD
Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordneter
Beigeordneter
Beigeordneter

Teilnahme ab 14:10 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller
Herr Uwe Heft

CDU
parteilos

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Eberhard Joseph äußerte sich als erster Vorsitzender des Kleingartenvereins „Gleisdreieck“ e. V. zum vorgesehenen Umbau der Bundesstraße 6 mit folgender Frage:

Warum wird die Gartenanlage geteilt?

Anschließend wies **Herr Joseph** auf die Auswirkungen für den Kleingartenverein hin. Durch den Umbau der B 6 würden 10 bis 12 Gärten wegfallen. Zudem bilden 12 Gärten später eine Enklave. Dies sei seitens der Mitglieder des Kleingartenvereins nicht gewollt und grundsätzlich nicht sinnvoll.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte, dass eine Prüfung verschiedener Varianten zusammen mit der Deutschen Bahn AG erfolgt sei. In Abwägung der Tatbestände habe man sich bei der Führung der Bundesstraße sowie der Überbrückung für die geplante Variante entschieden, um die Kurvenlage zu entschärfen und damit eine Gefahrensituation zu vermeiden.

Des Weiteren machte **Herr Beigeordneter Stäglich** darauf aufmerksam, dass die Fläche der Kleingartenanlage nicht der Stadt Halle, sondern der Deutschen Bahn gehöre, so dass diese die Fläche für ihre Verkehrserfordernisse nutzen wolle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug Herrn Joseph vor, einen Gesprächstermin mit dem Stadtplanungsamt zu vereinbaren, um die Gründe des vorgesehenen Umbaus darstellen und erläutern zu können.

Herr Joseph bedankte sich bei der Oberbürgermeisterin und nahm den Vorschlag zu einem Gesprächstermin an.

Herr Hagen Schaarschmidt äußerte sich als Initiator der Bürgerinitiative „Rettet die Philipp-Müller-Straße“ zum Stadtratsbeschluss zur Umbenennung der Philipp-Müller-Straße in Willy-Brandt-Straße mit folgender Frage:

Besteht seitens der Fraktionen und Stadträte die Möglichkeit, den Stadtratsbeschluss auszusetzen, um eine Überprüfung dessen vorzunehmen, ob einer Umbenennung wirtschaftliche Belange entgegenstehen?

Nach Auffassung der Bürgerinitiative stelle die Straßenumbenennung einen erheblichen Kostenaufwand dar und beeinträchtige die wirtschaftlichen Interessen der dort ansässigen Gewerbebetriebe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Beschlussfassung zu o. g. Straßenumbenennung ordnungsgemäß erfolgt sei und demzufolge seitens der Verwaltung entsprechend umgesetzt werde.

Darüber hinaus schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, in einem Gespräch zwischen Stadtverwaltung und Bürgerinitiative nach Kompromissen zu suchen, um mögliche wirtschaftliche Nachteile so gering wie möglich zu halten.

Herr Schaarschmidt bedankte sich und nahm den Vorschlag zu einem Gesprächstermin an.

Herr Rainer Panse äußerte sich als Vorstandsmitglied des Fördervereins Parkeisenbahn Peißnitzexpress Halle (Saale) e. V. zu einem Artikel im HalleForum, dass der Bürgerantrag seines Fördervereins gescheitert sei, da die Stadtverwaltung diesen aus formalen Gründen nicht anerkenne.

Entsprechend der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt stelle aber der Gemeinderat die Zulässigkeit des Einwohnerantrages fest. Insofern führte die öffentliche Darstellung der Rechtslage durch die Verwaltung zu Irritationen bei den Antragstellern.

Dennoch gehe der Förderverein davon aus, dass Verwaltung und Stadtratsmitglieder auch weiterhin die Problematik zur dauerhaften Sicherung des Betriebes der Parkeisenbahn Peißnitzexpress im Stadtrat thematisieren. Schließlich habe sich mit mehr als 15.300 Unterschriften eine Vielzahl von Bürgern für den Erhalt der Parkeisenbahn Peißnitzexpress ausgesprochen.

Dazu können Fraktionen bzw. einzelne Stadtratsmitglieder einen entsprechenden Antrag einbringen, der über die aktuelle schriftliche Anfrage von Frau Wolff hinausgehe und den Erwartungen der Bürger entspreche. Gleichwohl hätte die Stadtverwaltung die Anfrage von Frau Wolff ausführlicher beantworten können, insbesondere zur Frage nach dem langfristigen Erhalt der Parkeisenbahn Peißnitzexpress.

Aus vorgenannten Gründen fragte **Herr Panse**, wie lange die Parkeisenbahn Peißnitzexpress aus Sicht der Stadtverwaltung noch betrieben werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte hinsichtlich des Einwohnerantrages, dass ihr bewusst sei, dass der Stadtrat über die Zulässigkeit dessen entscheide. In der letzten Hauptausschusssitzung habe sie lediglich darüber informiert, dass entsprechend der Prüfung durch das Rechtsamt die Formalien nicht eingehalten wurden. Zudem habe am vergangenen Freitag dazu ein Gespräch mit dem Förderverein, dem Stadtratsvorsitzenden und der Verwaltung stattgefunden.

Des Weiteren machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sie aufgrund der städtischen Haushaltssituation versucht habe, über Sponsoren den Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress zu sichern. In den Vertragsverhandlungen werde mit den Sponsoren nach einer möglichst langfristigen Lösung für den Erhalt der Parkeisenbahn gesucht. Da die Vertragsverhandlungen bisher nicht abgeschlossen seien, könne sie die Frage von Herrn Panse zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten.

Frau Dr. Regina Schöps äußerte sich als Vertreterin des Arbeitskreises Wittekind zum Beschluss des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften hinsichtlich des Verkaufs des Areals Wittekindbad mit folgenden Fragen:

1. Wurde der Verkauf des gesamten Areals des Wittekindbades einschließlich des Parks letzte Woche im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften rechtsgültig beschlossen?
2. Trifft es zu, dass entsprechend dem ausgehandelten Kaufvertrag gemäß MZ Informationen der Park nicht mehr öffentlich zugänglich und damit ein großzügiger Privatpark sein wird? Wenn ja, warum?

3. Welcher Zeitpunkt für den Beginn und die Dauer der Sanierung der historischen Gebäude wurde mit dem Käufer ausgehandelt und besteht eine Erhaltungs- und Sicherungspflicht des Käufers?
4. Trifft es zu, dass das Ensemble nicht in seinem historischen Erscheinungsbild erhalten werden muss? Laut MZ Informationen sollen in den Kolonaden Wohnungen errichtet werden.
5. Trifft es zu, dass im Konzept des Käufers lediglich eine Nutzung zu Wohnzwecken vorgesehen ist?
6. Warum wurde der Arbeitskreis Wittekind nicht zur Beratung öffentlichkeitsrelevanter Details herangezogen, obwohl darum gebeten wurde?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung nun, die öffentlichen Interessen, die der Arbeitskreis vertritt, zu unterstützen?
8. Ist es nicht sinnvoll und angemessen, den Verkauf eines so wichtigen Areals, wie das Wittekind-Ensemble, im Stadtrat zu beschließen und nicht nur durch 11 Mitglieder eines Ausschusses?

Die Fragen begründete **Frau Dr. Schöps** damit, dass die Beratungen und Entscheidungen nicht öffentlich erfolgten und dass das Konzept des Käufers dem Arbeitskreis Wittekind nach dem Verkauf nicht zugänglich sein werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu, soweit dies unter Berücksichtigung schutzwürdiger Interessen Dritter möglich sei.

Gleichzeitig machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** deutlich, dass sie erfreut darüber sei, dass endlich eine Sanierung dieses Areals erfolgen werde. Seit 1991 verfallene das Areal, da u. a. der Umweg über eine gemeinnützige Institution nicht erfolgreich gewesen sei. Bei einer Sanierung müsse dem Käufer auch die Möglichkeit der Wirtschaftlichkeit gegeben werden.

Der Beschluss des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften sei entsprechend der Geschäftsordnung der Stadt Halle ordnungsgemäß erfolgt und rechtsgültig.

Frau Dr. Schöps machte darauf aufmerksam, dass der Arbeitskreis ebenfalls die Sanierung begrüße. Allerdings habe die Art und Weise der verhandelten Interessen der Stadt missfallen. Die Thematik wurde nicht öffentlich behandelt; die Presse hatte aber offensichtlich Informationen aus den nicht öffentlichen Beratungen. Zudem sollte der Park öffentlich zugänglich sein, eine denkmalgerechte Sanierung für das historische Erscheinungsbild der relevanten Gebäude erfolgen und eine öffentliche Nutzung, wie Wellness und Gastronomie, gegeben sein.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass vor einer Beschlussfassung das Anliegen geprüft werde sowie Gespräche und Analysen erfolgen, um eine nachhaltige Entscheidung treffen zu können. Demzufolge könne davon ausgegangen werden, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften ihrer Verantwortung gerecht geworden seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 33. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 51 Mitglieder des Stadtrates (89,47 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.7 Beseitigung des vorhandenen Bahnübergangs (BÜ) Birkhahnweg und Ersatz durch eine Eisenbahnunterführung für Fußgänger/Radfahrer sowie Bau einer Straßenüberführung(SÜ) über die B 100 ; DB Strecke 6132 Berlin Anhalter Bf - Halle (Saale) Hbf, Bahn-km 158,5
Vorlage: V/2011/10315
von Verwaltung zurückgestellt

Zudem liegt die Beantwortung der im Ausschuss für Planungsangelegenheiten gestellten Anfragen von Herrn Dr. Köck vor.

TOP 5.8 Knoten Halle, Ersatzneubau Eisenbahnüberführung (EÜ) über B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Gunterhausen, Bahn-km 0,995, mit Umverlegung B 6/Leipziger Chaussee von Knoten Thüringer Straße bis EÜ DB-Strecke 6350 Halle (Saale) Gbf – Halle (Saale) Hbf Ac
Vorlage: V/2011/10313
von Verwaltung zurückgestellt

TOP 6.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung einer Online-Plattform für (H)alle
Vorlage: V/2012/10540
durch Empfehlung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften von Verwaltung übernommen

TOP 9.1 Information zum Eisenbahnknotenausbau Halle und dem Blinklichtprogramm für Bahnübergänge (BÜ) sowie den daraus resultierenden kreuzungsbedingten Maßnahmen und den zu erwartenden Kostenanteilen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10317
von Verwaltung zurückgestellt

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.1 Wirtschaftsplan 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2012/10547

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wirtschaftsplan 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" (Vorlage-Nr. V/2012/10547)
Vorlage: V/2012/10736

zu 5.10 Fördervereinbarung zur Entwicklungsmaßnahme zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SALEG in Heide-Süd
Vorlage: V/2012/10561

Hierzu liegt eine geänderte Vereinbarung vor.

zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Anbringen einer Gedenktafel
Vorlage: V/2012/10700

Hierzu liegt ein Bild der Gedenktafel vor.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf seine Anfrage in der Hauptausschusssitzung am 23.05.2012 zu den Gründen, weshalb der Antrag seiner Fraktion

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle
Vorlage: V/2012/10612

nicht auf die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung sowie der heutigen Stadtratssitzung gesetzt wurde. Die Oberbürgermeisterin habe zugesagt, in der heutigen Sitzung dazu Stellung zu nehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass der Antrag in den Stadtrat und parallel in den Kulturausschuss eingebracht wurde. Dies sei eine unübliche Verfahrensweise. Inzwischen wurde der Antrag in den Ausschüssen diskutiert und durch die antragstellende Fraktion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zurückgezogen.

Aufgrund dessen könne sie die Diskussion um den Antrag nicht nachvollziehen und fragte, ob der Antrag trotz des Zurückziehens nochmals auf die Tagesordnung des nächsten Hauptausschusses und Stadtrates gesetzt werden soll.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass bei Erarbeitung der Einladungen für die Hauptausschuss- und Stadtratssitzung für die Verwaltung noch nicht absehbar war, dass der Antrag durch seine Fraktion zurückgezogen werde.

Demzufolge habe die Verwaltung seines Erachtens ohne erkennbaren Grund den Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Dies müsse geklärt werden, da ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorliege. Anderenfalls könne er als Ausschussvorsitzender ebenfalls beliebig Anträge zurückstellen.

Darüber hinaus brachte **Herr Paulsen** zum Ausdruck, dass die Einbringung des Antrages seiner Fraktion fristgerecht erfolgte und keiner Formalie widersprochen habe. Insofern fragte er, weshalb rechtzeitig eingebrachte Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass die Kompetenz des Stadtrates ein Stück weit aufgehoben werde, wenn Anträge in den Stadtrat und gleichzeitig in die Ausschüsse eingebracht werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass die Geschäftsordnung die vorgenommene Verfahrensweise seiner Fraktion zulasse. Diese wurde aufgrund der Dringlichkeit des Antrages gewählt, um nach der Verweisung im Stadtrat nicht einen Monat bis zur Beratung in den Ausschüssen warten zu müssen.

Sofern ein Antrag rechtzeitig vorliege, müsse dieser behandelt werden. Er verwahre sich dagegen, dass die Oberbürgermeisterin willkürlich Anträge nicht auf die Tagesordnung setze.

Im Zuge dessen ging **Herr Paulsen** auf nachfolgenden Antrag ein:

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern
V/2012/10456

Dieser wurde in der Stadtratssitzung im März 2012 in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen. Erst im Mai wurde der Antrag im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss beraten. Im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sowie im Hauptausschuss wurde dieser nicht auf die Tagesordnung im Mai gesetzt. Zudem habe die Oberbürgermeisterin in ihrer Stellungnahme bereits angekündigt, bei Zustimmung zum Antrag Widerspruch einlegen zu wollen.

Er habe den Eindruck, dass für die Oberbürgermeisterin unangenehme Anträge verzögert und nicht auf die Tagesordnung gebracht werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass der Stadtrat und seine Ausschüsse in ihrer Kompetenz zu Beginn der Sitzung Anträge mit der entsprechenden Mehrheit auf die Tagesordnung setzen können.

Bei dem von Herrn Paulsen angesprochenen Antrag zum Thalia Theater bestand das Problem, dass dieser in den Stadtrat und parallel in einen Ausschuss eingebracht wurde. Dazu seien Diskussionen entstanden. In diesem Zusammenhang wäre der Antrag nicht auf die Tagesordnung des Hauptausschusses und Stadtrates gesetzt worden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konnte die Ausführungen der Oberbürgermeisterin nicht nachvollziehen. Hierbei ginge es um die Rechte der Stadträte und Fraktionen, dass Anträge behandelt werden. Er stellte fest, dass die Oberbürgermeisterin offensichtlich auf dieses grundsätzliche Problem nicht eingehen wolle und sei froh, dass das Ende ihrer Amtszeit bevorstehe.

- 5.4 Satzungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 146 „Gewerbegebiet Grenzstraße – Europachaussee (HES)“
Vorlage: V/2012/10546
- 5.5 Abwägungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 145.1 "Kaserne Lettin"
Vorlage: V/2012/10470
- 5.6 Satzungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 145.1 "Kaserne Lettin"
Vorlage: V/2012/10474
- 5.7 *Beseitigung des vorhandenen Bahnübergangs (BÜ) Birkhahnweg und Ersatz durch eine Eisenbahnunterführung für Fußgänger/Radfahrer sowie Bau einer Straßenüberführung(SÜ) über die B 100 ; DB Strecke 6132 Berlin Anhalter Bf - Halle (Saale) Hbf, Bahn-km 158,5*
Vorlage: V/2011/10315 abgesetzt
- 5.8 *Knoten Halle, Ersatzneubau Eisenbahnüberführung (EÜ) über B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Guntershausen, Bahn-km 0,995, mit Umverlegung B 6/Leipziger Chaussee von Knoten Thüringer Straße bis EÜ DB- Strecke 6350 Halle (Saale) Gbf – Halle (Saale) Hbf Ac*
Vorlage: V/2011/10313 abgesetzt
- 5.9 Einziehung einer Teilstrecke des Blankenburger Weges, gelegen vor dem Objekt Blankenburger Weg 1 - 10
Vorlage: V/2012/10672
- 5.10 Fördervereinbarung zur Entwicklungsmaßnahme zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SALEG in Heide-Süd
Vorlage: V/2012/10561
6. Wiedervorlage
- 6.1 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung einer Online-Plattform für (H)alle*
Vorlage: V/2012/10540 abgesetzt
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Anbringen einer Gedenktafel
Vorlage: V/2012/10700
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Festlegung von Kriterien für die Erhaltung von historisch wertvollen Grabmalen
Vorlage: V/2012/10695
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet
Vorlage: V/2012/10684
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Unterstützung privater Baumpflanzaktionen auf dem Gebiet der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10685

- 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation
Vorlage: V/2012/10681
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Lichtsignalanlagen an die Stadtwerke Halle
Vorlage: V/2012/10689
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Wiederherstellung des Stadions Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/10691
- 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2012/10688
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Hafen Halle GmbH
Vorlage: V/2012/10710
- 7.10 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) sowie Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Stadtratsfraktion) und Stadtrat Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (FDP-Stadtratsfraktion) zum Baudenkmal Brüderstraße 5
Vorlage: V/2012/10721
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Erfahrungen und Erkenntnissen bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
Vorlage: V/2012/10597
- 8.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Wohnungsverkäufen der bundeseigenen ostdeutschen Immobiliengesellschaft TLG
Vorlage: V/2012/10598
- 8.3 Anfrage des Stadtrates Werner Misch (CDU-Fraktion) zur Reinigung von Straßeneinläufen im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10699
- 8.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Baumpflanzungen in der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/10697
- 8.5 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion) zu Lebensdauer und Instandhaltungskosten der Hochstraße
Vorlage: V/2012/10696
- 8.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Kooperation der Führerscheinstelle und der Polizei
Vorlage: V/2012/10698
- 8.7 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion Halle zu den Abitur-Feiern auf der Peißnitz
Vorlage: V/2012/10690

- 8.8 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Strategie der Müllvermeidung auf der Peißnitz
Vorlage: V/2012/10717
- 8.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Aktion „fifty-fifty-Ticket“ in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10683
- 8.10 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu Stadtteilfeesten in Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10720
- 8.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu den Bauprojekten des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/10631
- 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10608
- 8.13 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schadensersatzforderungen der Stadt Halle (Saale) zu Beschädigungen der Bäume in der Otto-Stomps-Straße
Vorlage: V/2012/10718
- 8.14 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Familienfreundlichkeit der Beschlussvorlage Abwägungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 145.1 "Kaserne Lettin"
V/2012/10470
Vorlage: V/2012/10703
- 8.15 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Kooperationsmöglichkeiten des Peißnitz-Express mit der Deutschen Bahn AG
Vorlage: V/2012/10694
- 8.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schulmedienstelle der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/10712
- 8.17 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Verkauf des Grundstückes Wittekindbad
Vorlage: V/2012/10708
- 8.18 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Prüfergebnissen der besseren touristischen Vermarktung der halleschen Türme
Vorlage: V/2012/10692
- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Werbeaktionen für die ÖPNV-Nutzung
Vorlage: V/2012/10713
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den für 2012 geplanten MDV-Tariferhöhungen
Vorlage: V/2012/10714
- 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes
Vorlage: V/2012/10611

- 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur verkehrlichen Anbindung des geplanten SB-Warenhauses am Dessauer Platz
Vorlage: V/2012/10704
- 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen in Halle
Vorlage: V/2012/10705
- 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kinderspielplätzen
Vorlage: V/2012/10709
- 8.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrssicherheit von Radfahrern in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2012/10701
- 8.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der manuellen Verkehrszählung 2010
Vorlage: V/2012/10719
- 8.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10707
- 8.28 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den geplanten EFRE-Schulsanierungen
Vorlage: V/2012/10711
- 8.29 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geschlossenen Unterbringung in der Kinder- und Jugendhilfe
Vorlage: V/2012/10706
- 8.30 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Betriebs- und Sanierungskosten der Eissporthalle
Vorlage: V/2012/10716
- 8.31 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nachtflugbetrieb am Flughafen Leipzig/Halle
Vorlage: V/2012/10715
- 8.32 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Verschuldung der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/10634
- 8.33 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Energiepreisentwicklung
Vorlage: V/2012/10637
- 8.34 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Trinkwasserqualität in der Stadt Halle/Saale
Vorlage: V/2012/10641
- 8.35 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Selbstmordrate
Vorlage: V/2012/10636
- 8.36 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zu den Kosten für Identitätsfeststellung bei Ausländern
Vorlage: V/2012/10635

8.37 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zu Jugendzentren- und alternative Einrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/10640

8.38 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Kriminalität an Schulen
Vorlage: V/2012/10639

9. Mitteilungen

9.1 *Information zum Eisenbahnknotenausbau Halle und dem Blinklichtprogramm für Bahnübergänge (BÜ) sowie den daraus resultierenden kreuzungsbedingten Maßnahmen und den zu erwartenden Kostenanteilen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2011/10317 abgesetzt

9.2 Information des Projektsteuerers BVCS (Bureau Veritas Construction Service GmbH (ehem. IPM)) an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf - Büschdorf"
Vorlage: V/2012/10578

9.3 Fortschreibung Psychiatrieplanung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10357

9.4 Gesundheitliche Situation der Bevölkerung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10402

9.5 Integrierte Schul- und Hortentwicklungsplanung
Vorlage: V/2012/10564

10. mündliche Anfragen von Stadträten

11. Anregungen

12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 28.03.2012

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass seine Ausführungen auf Seite 49 der Niederschrift vom 28.03.2012 nicht korrekt wiedergegeben wurden und bat um Korrektur. Er habe sich nicht auf eine wissenschaftliche Graffiti-Studie in der Mitteldeutschen Zeitung bezogen; diese wurde dort auch nicht veröffentlicht. Er sei auf den Artikel zum Vorhaben Landsberger Straße in der Mitteldeutschen Zeitung eingegangen und habe die wissenschaftliche Graffiti-Studie zum Anlass genommen, das Vorhaben zu kritisieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, die Ausführungen von Herrn Misch zu korrigieren und machte darauf aufmerksam, dass die Niederschrift mit dieser Änderung genehmigt werde.

Es gab keine weiteren Einwände gegen die Niederschrift der 31. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.03.2012.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 25.04.2012 gefassten Beschlüsse

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas den in nicht öffentlicher Sitzung am 25.04.2012 gefassten Beschluss:

**zu 3.1 Betriebsführung Schwimmhalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße
Vorlage: V/2012/10503**

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat stimmt der Betriebsführung der Schwimmhalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße durch die Bäder Halle GmbH gemäß dem beigefügten Vertrag zu und ermächtigt die Verwaltung, die zur Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben.**
- 2. Der Stadtrat beschließt die Zurverfügungstellung eines Budget zur Absicherung des Bäderbetriebes in Höhe von 375 T€ für das Jahr 2012 und beauftragt die Verwaltung, die nachgewiesenen notwendigen finanziellen Mittel für die Folgejahre in die kommenden Haushalte einzuordnen.**

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Wirtschaftsplan 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH
Halle
Vorlage: V/2012/10547**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wirtschaftsplan 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" (Vorlage-Nr. V/2012/10547)
Vorlage: V/2012/10736**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass mit dem vorliegenden Vorschlag der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates an verschiedenen Stellen von den bisherigen Zielen, die seit Gründung der Theater, Oper und Orchester GmbH verfolgt wurden, abgewichen werde.

Davon sei vor allem das Kinder- und Jugendtheater Thalia betroffen. Nach Auffassung seiner Fraktion werde hier ein radikaler Umbruch vorgeschlagen. Das Thalia Theater habe demnach in der kommenden Spielzeit keine eigene Spielstätte mehr, keine eigene künstlerische Leitung bis zum Ende der Spielzeit 2014, soll auf einen Abendspielplan verzichten und die Anzahl der Vorstellungen massiv reduzieren.

Herr Paulsen machte deutlich, dass seine Fraktion dies als weiteren Versuch zur Schließung des selbständigen Kinder- und Jugendtheaters interpretiere und nicht mitgetragen werden könne. Aufgrund dessen wurde seitens seiner Fraktion ein entsprechender Antrag in die Stadtratssitzung im April 2012 eingebracht mit dem Ziel, Alternativvorschläge vorzulegen. Dieser sei allerdings nach der Verweisung durch die Verwaltungsspitze nicht auf die Tagesordnung der zuständigen Ausschüsse und des Stadtrates gesetzt worden. Stattdessen werde ein Wirtschaftsplan vorgelegt, welcher ausschließlich die Schließung beinhalte.

In Anbetracht dessen wurde der vorliegende Änderungsantrag eingebracht. Dieser enthalte Vorschläge für Einsparungen im Bereich Materialaufwand für Neuinszenierungen sowie für Honorare der Gastkünstler, ohne dass es zu gravierenden Einschränkungen komme.

Darüber hinaus wies **Herr Paulsen** darauf hin, dass am gestrigen Tag der Spielplan der Bühnen für die kommende Spielzeit vorgestellt wurde. Dabei werde gleichzeitig die vorgesehene Veräußerung der bisherigen Spielstätte des Thalia Theaters in der Kardinal-Albrecht-Straße kommuniziert. Demzufolge sei davon auszugehen, dass der Stadtrat den Wirtschaftsplan zwar beschließen soll, Änderungswünsche aber offenbar nicht vorgesehen wären.

Herr Paulsen gab bekannt, dass er den Beschlusspunkt 1 des Antrages seiner Fraktion angesichts des Umstandes, dass auf verschiedenen Ebenen massiv Fakten geschaffen wurden, zurückziehe. Er bedaure die Entwicklung des Thalia Theaters und sehe den Beschluss zur Vorlage der Verwaltung im drastischen Widerspruch zu den Zielen, welche sich eine Stadt setzen sollte.

Der Beschlusspunkt 2, so **Herr Paulsen** weiter, werde aufrecht erhalten. Er verwies hierbei ausdrücklich auf die Hinweise der BeteiligungsManagementAnstalt Halle (BMA) entsprechend der Anlage zum Wirtschaftsplan. Darin seien nachfolgende Handlungsempfehlungen für den Gesellschafter aufgeführt:

- Erarbeitung eines umfassenden Langfristkonzeptes bis 2020,
- Untersuchung aller Einsparpotentiale hinsichtlich der Sachkosten,
- Analyse aller mittel- bis langfristig bestehenden strukturverändernden Optionen
- Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Häusern

Insofern sollte im Sinne der Handlungsempfehlungen der BMA der Beschlusstext entsprechend des Beschlusspunktes 2 des Änderungsantrages seiner Fraktion geändert werden und endlich mit den erforderlichen Prüfungen begonnen werden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies auf den gefassten Beschluss im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und fragte, weshalb die Vorlage seitens der Verwaltung nicht entsprechend geändert wurde bzw. ob ein Änderungsantrag des Ausschusses vorliegen müsse.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass bei Zustimmung zum Änderungsantrag durch den Stadtrat dieser in die Vorlage der Verwaltung entsprechend aufgenommen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados widersprach den Ausführungen von Herrn Paulsen und machte deutlich, dass der Stadtrat die Gründung der Theater, Oper und Orchester GmbH beschlossen und einen Gesellschafterbeschluss gefasst habe. Darin seien die Zuständigkeiten eindeutig geklärt. Demnach entscheide der Aufsichtsrat z. B. über wirtschaftliche Darstellung, Spielplan usw. Wenn der Stadtrat mitentscheiden wolle, hätten diese Einrichtungen weiterhin bei der Stadt verbleiben müssen.

Im Zuge dessen brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass durch die Gründung der GmbH die künstlerische Kompetenz auch weiterhin vorhanden sei und trotzdem seit dem Jahr 2008 ca. 8 Mio. € strukturell eingespart werden konnten.

Hinsichtlich des Beschlusspunktes 2 des Änderungsantrages wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ausdrücklich darauf hin, dass die Verwaltung nicht mit der Prüfung von Handlungsoptionen beauftragt werden könne und bat um eine entsprechende Änderung des Beschlusspunktes. Dies wäre Aufgabe des Aufsichtsrates der GmbH.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, ging auf die Diskussionen im Kulturausschuss zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle ein und erinnerte daran, dass sich der Kulturausschuss im Ergebnis dessen für nicht zuständig erklärt habe.

Die Frage der Zuständigkeit zum vorliegenden Änderungsantrag wurde allerdings im Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften nicht geklärt, so dass die entsprechenden Diskussionen geführt und Beschlüsse gefasst wurden. Aufgrund der Darstellung der kritischen Situation der GmbH durch den Geschäftsführer, Herr Stiska, sei sie aber davon ausgegangen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Änderungsantrag zurückziehe.

Frau Dr. Wünscher machte deutlich, dass es anmaßend sei, durch den vorliegenden Änderungsantrag in die GmbH eingreifen zu wollen. Eine solche Verfahrensweise werde bei keinem anderen städtischen Unternehmen angewandt.

Darüber hinaus sei die Aussage von Herrn Paulsen, dass auf einen Abendspielplan verzichtet werden soll, nicht korrekt. Die künstlerischen Leiter hätten sich bereits seit langem dazu verständigt, wie Jugendtheater im Abendspielplan stattfinden werde.

Zudem merkte **Frau Dr. Wünscher** an, dass hier lediglich Unterstellungen erfolgen, die an der Sache vorbeiführen. Um die Aufgaben gemäß Gesellschaftervertrag erfüllen zu können, müsste ein Änderungsantrag eingebracht werden, den städtischen Zuschuss für die GmbH um 3 Mio. € zu erhöhen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte hinsichtlich der Diskussionen zur Zuständigkeit, dass die Stadt als Hauptgesellschafterin und demzufolge auch der Stadtrat als demokratisches Gremium ausschlaggebende Entscheidungen mit beeinflussen könne.

Weiterhin seien im Wirtschaftsplan Szenarien aufgebaut, wonach die Oper gewissermaßen aufgelöst werden soll. Dies wäre nicht nachvollziehbar, zumal die Stadt Halle Kulturhauptstadt sein wolle. Vielmehr sollten zunächst anderweitige Möglichkeiten geprüft werden, Einsparungen zu erzielen. Die Verantwortung, darauf hinzuwirken, habe der Stadtrat.

In dem Zusammenhang teilte **Frau Dr. Brock** mit, dass ihres Erachtens eine größere und breitere Diskussion als im Aufsichtsrat, in dem lediglich 5 Stadträte Mitglied seien, über die Zukunft der Spielstätten zweckmäßiger sei und wies auf die deutliche Zustimmung zum Änderungsantrag ihrer Fraktion durch den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften hin.

Abschließend erinnerte **Frau Dr. Brock** an die Proteste vor ca. einem Jahr zum Erhalt des Thalia Theaters. Daraufhin wurde seitens der Verwaltung darum gebeten, im Zuge der Beratungen zum Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH bei Bedarf Änderungen einzubringen. Dies sei mit dem vorliegenden Änderungsantrag erfolgt. Aus diesem Grund könne sie die Kritik nicht nachvollziehen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass es sich bei dem vorliegenden Änderungsantrag um Gesellschaftsrecht handele. Die Fraktionen haben zur Frage der Zuständigkeit allerdings eine unterschiedliche Rechtsauffassung, so dass diese Problematik bei Anträgen zu städtischen Beteiligungen stets diskutiert werde, wie z. B. die Debatten zu den VNG-Aktien über die Änderung der Gesellschafterverträge.

Seines Erachtens sei es tatsächlich eine schmale Gratwanderung, wann und inwieweit der Aufsichtsrat oder Stadtrat in die Entscheidungen der Geschäftsführung eingreifen könne. Die gesetzlichen Vorgaben dazu wären äußerst eng.

Im Zuge dessen verwies **Herr Krause** auf die Aussage des Innenministeriums zu einer Anfrage von Herrn Bönisch. Danach könne der Stadtrat in Einzelfällen nicht beliebig eine Aufgabe wieder an sich ziehen, wenn er dazu Organe gebildet habe, wie z. B. eine GmbH, welche diese Aufgabe erledigen sollen. Dies müsse dem Stadtrat mit dem Beschluss zur Übertragung der Aufgaben bewusst sein.

Demzufolge könne über bestimmte Angelegenheiten keine großen und breiten öffentlichen Diskussionen geführt werden. Zudem habe der Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH, Herr Stiska, deutlich auf die kritische Situation hingewiesen. Man müsse jetzt entsprechende Vorsorge treffen. Insofern sei der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., plädierte für die Zustimmung zum Änderungsantrag, da dies eine wichtige Frage für die Kultur in der Stadt Halle sei und merkte an, dass er die Debatten über die Zuständigkeit nicht nachvollziehen könne. Die Stadt sei alleinige Gesellschafterin und könne über Gesellschafterweisungen Entscheidungen delegieren. Dies erfolge bei anderen städtischen Gesellschaften permanent, beispielsweise bei den Wohnungsgesellschaften, bei denen Anteile aus den Jahresabschlüssen durch Stadtratsbeschluss gefordert werden.

Insofern seien die Fraktionen bzw. einzelne Stadtratsmitglieder berechtigt, entsprechende Anträge einzubringen und die Oberbürgermeisterin in ihrer Funktion als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle zur Umsetzung des Beschlussvorschlages zu beauftragen. Im Hinblick auf die kritische Situation im Jahr 2014 wäre es Aufgabe des Stadtrates, schon frühzeitig zu handeln und Alternativen zu suchen. Die Stadt Halle habe den Anspruch, Kulturhauptstadt zu sein. Demzufolge müsse diese Thematik auch intensiv behandelt werden.

Herr Dr. Meerheim brachte zum Ausdruck, dass er den Änderungsantrag aus vorgenannten Gründen für zulässig erachte und es wichtig sei, dass sich der Stadtrat mit den Beteiligten der Theater, Oper und Orchester GmbH hierzu verständige.

Entsprechend des Änderungsantrages soll die Stadtverwaltung keine eigenständige Prüfung vornehmen, sondern prüfen lassen. Diesen Prüfauftrag könne sie demnach an den Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH übertragen. Dieser habe im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften bereits angedeutet, dass er bereit sei, die im Beschlusspunkt 2 des Änderungsantrages geforderten Szenarien und Konsequenzen zu prüfen.

In Anbetracht dessen sehe er keinen Grund, von dem Beschluss des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften abzuweichen.

Des Weiteren schloss sich **Herr Dr. Meerheim** der Frage von Herrn Wolter an, weshalb die Vorlage nach dem Beschluss des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften seitens der Verwaltung nicht in der geänderten Fassung eingebracht wurde. Seines Erachtens sollte zumindest ein Beschlussauszug zu den Abstimmungen der Vorlagen in den jeweiligen Ausschüssen vorliegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf ihre vorherigen Ausführungen. Die Stadtverwaltung könne die im Änderungsantrag geforderte Prüfung nicht leisten. Die Formalien sollten eingehalten und der Beschlusspunkt 2 dahin gehend geändert werden, dass eine Gesellschafterweisung durch die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin an die Theater, Oper und Orchester GmbH erfolge, Handlungsoptionen zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, widersprach den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim, dass kein Beschlussauszug der jeweiligen Ausschüsse vorliege und wies darauf hin, dass dies durch die Verwaltung zur Sitzung den Stadträten zu allen Vorlagen und Anträgen ausgehändigt werde.

Darüber hinaus erklärte **Herr Häder**, dass er die Diskussion ebenfalls nicht nachvollziehen könne, da der Änderungsantrag nicht geeignet sei, um eine Grundsatzdiskussion über die Zuständigkeiten zu führen. Seiner Auffassung nach sei keine Gesellschafterweisung erforderlich. Durch die offene Formulierung des Änderungsantrages könne die Stadtverwaltung eigenständig entscheiden, wer die Prüfung vornehmen soll. Bei einer Prüfung durch die Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH wären die entsprechenden Gremien des Unternehmens beteiligt.

In Anbetracht dessen sei der Änderungsantrag in der vorliegenden Form unschädlich und der Änderungsvorschlag der Oberbürgermeisterin nicht nachvollziehbar. Im Zusammenhang mit der Vorlage der Handlungsoptionen im Dezember könne über die Folgen bei einem Stadtratsbeschluss diskutiert werden, inwieweit eine Zustimmung in die Rechte der GmbH eingreife.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schloss sich den Ausführungen von Herrn Häder an.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass sie über die intensive Diskussion überrascht sei und wies darauf hin, dass sich der Kulturausschuss regelmäßig mit der Theater, Oper und Orchester GmbH in Form von Berichterstattungen des Geschäftsführers beschäftige. Lediglich der Rahmen, Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen, sei äußerst begrenzt.

Aufgrund dessen bestünde seitens des Stadtrates entsprechend der Ausführungen von Frau Dr. Wünscher nur die Möglichkeit, sich früher oder später zu einem höheren städtischen Zuschuss zu bekennen. Insofern sollte sich eventuell der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften intensiver damit beschäftigen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie der Vorlage.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wirtschaftsplan 2012/2013 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle" (Vorlage-Nr. V/2012/10547)
Vorlage: V/2012/10736**

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Entwicklungsszenarien für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 sowie deren künstlerische, organisatorische und finanzielle Konsequenzen prüfen zu lassen und dem Stadtrat die Handlungsoptionen bis zum Dezember 2012 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlusspunkt 1 wurde durch den Antragsteller zurückgezogen:

1. Die Oberbürgermeisterin wird in ihrer Funktion als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) ermächtigt, den Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01.08.2012 bis zum 31.07.2013 mit folgenden Änderungen zu beschließen:
 - a) Die Spielstätte des Thalia Theaters in der Kardinal-Albrecht-Straße wird nicht geschlossen. Die Inszenierungen des Kinder- und Jugendtheaters werden weiterhin auch in einem Vorabend- und Abendspielplan realisiert. Für eine Erreichung der geplanten Besucherzahlen und eine weitere Einnahmeverbesserung ist eine Erhöhung der Anzahl der Vorstellungen auf 320 vorzunehmen.
 - b) Zur Deckung der notwendigen Betriebskosten für die Spielstätte wird einerseits der Materialaufwand für Neuinszenierungen in der Spielzeit um 110.000 € auf 450.000 € und andererseits die Aufwendungen in Höhe für Honorare für Gastkünstler in allen Sparten um 155.000 € auf 2.020.000 € gekürzt.
 - c) Zur Deckung der durch die Spielstätte außerdem entstehenden Kosten werden der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle als Zuschusserhöhung über den Haushaltsplan 2013 Finanzmittel in Höhe der im Falle der Rückübertragung von der Stadt ohnehin zu tragenden Kosten für die Abschreibungen des Gebäudes zur Verfügung gestellt.

**zu 5.10 Fördervereinbarung zur Entwicklungsmaßnahme zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SALEG in Heide-Süd
Vorlage: V/2012/10561**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob die zur Sitzung ausgehängte Vereinbarung die aktuelle Fassung sei.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bestätigte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

1. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, mit der SALEG (Sachsen - Anhaltische Landesentwicklungsgesellschaft mbH) eine Vereinbarung zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Errichtung einer Kindertagesstätte in Heide Süd“ zu schließen. Voraussetzung der Vereinbarung ist, dass die SALEG dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten auf Grundlage der genannten Vereinbarung zur Finanzierung der förderfähigen Kosten dieser Maßnahme einen Zuschuss von mindestens 2 Mio. € gewährt.
2. Der Eigenbetrieb trägt die Aufwendungen der Vorbereitung (Bauantrag, Wirtschaftlichkeitsbetrachtung) und Durchführung (Projektsteuerung) der Baumaßnahme.
3. Gemäß dem Entwicklungsträgervertrag vom 04.08.1995/08.08.1995, auf dessen Grundlage die SALEG für die Stadt Halle tätig ist, trägt die SALEG die Unterhaltungslast und die Verkehrssicherungspflicht für die in der Anlage 1 bezeichnete Fläche und überträgt diese mit Unterzeichnung der unter 1 genannten Vereinbarung auf den Eigenbetrieb Kindertagesstätten. Der Stadtrat stimmt unter der Voraussetzung der Durchführung dieser Maßnahme der Übernahme dessen und der Aufnahme in das Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten zu.

Anmerkung:

Es wurden Änderungen in der Vereinbarung vorgenommen.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Anbringen einer Gedenktafel** **Vorlage: V/2012/10700**

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion den vorliegenden Antrag ablehne und begründete dies. Die Gedenktafel befinde sich gegenwärtig im Depot des Stadtmuseums und sei im Gedenkstättenverzeichnis für Opfer des Nationalsozialismus der Bundeszentrale für politische Bildung registriert. Diese wäre auch, wie auf dem Bild zu erkennen sei, in dem Zusammenhang gleichermaßen dokumentiert.

Darüber hinaus machte **Herr Dr. Fikentscher** deutlich, dass der Antrag unzulänglich sei, da die Gedenktafel in einer Zeit angebracht wurde, in der es weniger um die geschichtliche Wahrheit als um Propaganda ging. Auf der Gedenktafel wäre nicht die vollständige Wahrheit dargestellt. Zudem würden darauf einige Personen fehlen.

Seines Erachtens wurde die Gedenktafel damals nicht gewollt, da die Anbringung zum Tag der Republik am 07.10.1965 erfolgte. Dies sei kein Gedenktag für die Opfer des Faschismus und einzelner Personen, sondern lediglich Propaganda gewesen.

Des Weiteren wies **Herr Dr. Fikentscher** darauf hin, dass seine Fraktion mit der damals für diesen Bereich in der Bundeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt zuständigen Historikerin, Beatrix Herlemann, gesprochen habe. Bei ihren damaligen Untersuchungen konnte die Frage, inwieweit die Gedenktafel vollständig sei, im Stadtarchiv nicht geklärt werden. Nach ihrer Auskunft war die Bereitschaft der Mitarbeiter nicht so ausgeprägt wie heute.

Aufgrund dessen wäre seine Fraktion der Auffassung, dass die historische Gedenktafel im Stadtmuseum verbleiben und dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt werden sollte, eine neue erweiterte Erinnerungstafel anfertigen zu lassen. Voraussetzung wäre allerdings, dass alle von 1919 bis 1933 im Stadtrat vertretenen Stadtverordneten berücksichtigt werden, die während der Zeit des NS-Regimes zu Tode gekommen seien.

Abschließend brachte **Herr Dr. Fikentscher** zum Ausdruck, dass die Meinung seiner Fraktion nicht verhandelbar sei, da in der damaligen Zeit offenbar eine Absicht dahinter stand. Dafür wolle man sich nicht in Haftung nehmen lassen. Es sollte eine entsprechende Erweiterung einer neuen Gedenktafel vorgenommen werden, um die historische Wahrheit darzustellen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass die Vorschläge von Herrn Dr. Fikentscher und der Stadtverwaltung entsprechend ihrer Stellungnahme nachvollziehbar seien. Diese wären seines Erachtens aber Änderungsvorschläge bzw. Erweiterungen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Sowohl die Verwaltung als auch die SPD-Fraktion lehnen den Antrag einerseits zwar ab, zeigen aber andererseits Möglichkeiten auf, in welcher Form das Anliegen umgesetzt werden könne.

In Anbetracht dessen hielt **Herr Wolter** eine Diskussion im zuständigen Fachausschuss für erforderlich, um dort miteinander nach einer Lösung zur angemessenen Ehrung dieser Personen zu suchen und verwies den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., machte bezogen auf die Wortmeldung von Herrn Dr. Fikentscher deutlich, dass er sich - soweit ihm zugänglich - auf historische Wahrheiten konzentriere.

In dem Zusammenhang verwies er auf die Denkmalliste, welche nach der Wende und nicht von SED-Genossen angefertigt wurde. Darin wäre die Gedenktafel als ein denkmalgeschütztes Kulturobjekt erfasst. Zudem müsse ebenso das Denkmalgesetz beachtet werden. Insofern könne nicht beliebig über den Verbleib solcher Gedenktafeln entschieden werden.

Weiterhin erklärte **Herr Dr. Bartsch**, dass die Verwaltung verpflichtet sei, nach der Sanierung von Gebäuden die auf der Denkmalliste aufgeführten Gedenktafeln auch an gleicher Stelle wieder anzubringen. Ihm wäre nicht bekannt, wer das Verschwinden der Gedenktafel veranlasst habe, zumal bis vor kurzem nicht bekannt war, wo diese gelagert sei.

Hierbei ginge es um eine Gedenktafel für Stadtverordnete, die in der Zeit des Faschismus ihr Leben lassen mussten. Dies wäre Anlass zu DDR-Zeiten gewesen, den Opfern eine solche Tafel zu widmen. Auf Grundlage dessen unterstütze er den Antrag ausdrücklich.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung teilte **Herr Dr. Bartsch** mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag, die Gedenktafel um weitere Personen zu ergänzen, die während der Zeit des NS-Regimes zu Tode gekommen seien, zustimmen könne. Abgesehen davon sei auch der zukünftige Text auf der neuen Gedenktafel von Bedeutung.

Die Forderung seiner Fraktion, eine solche Gedenktafel wieder im Stadthaus anzubringen, bleibe weiterhin bestehen. Er bat darum, dies nicht einige Jahre hinauszuzögern, sondern zügig zu handeln.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass die Gedenktafel im Zuge der Sanierung des Stadthauses entfernt wurde. Dass diese nach der Sanierung nicht wieder angebracht wurde, sei offensichtlich bislang niemandem aufgefallen. Ihr war auch nicht bewusst, dass die Gedenktafel dort angebracht war. Erst im November letzten Jahres wurde dies im Kulturausschuss thematisiert. Insofern habe die Verwaltung die Gedenktafel nicht verschwinden lassen.

Ihren Informationen zufolge haben die Mitglieder des Kulturausschusses in der Sitzung letzten Jahres den Ausführungen der Verwaltung, vorerst zu prüfen, inwieweit alle Personen auf der Gedenktafel benannt seien, nicht widersprochen. Die Ergebnisse der Prüfung wären in der Stellungnahme der Verwaltung zum vorliegenden Antrag angeführt.

Aufgrund des Prüfungsergebnisses empfehle die Verwaltung, den Antrag in der Form abzulehnen. Die historische Gedenktafel sollte als Zeitdokument im Stadtmuseum Halle verbleiben und stattdessen eine neue Erinnerungstafel angefertigt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum September 2012 die Gedenktafel für Stadtverordnete von SPD und KPD, die im Kampf gegen Faschismus zwischen 1933 und 1945 ihr Leben lassen mussten, wieder im Foyer des Stadthauses anzubringen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
Kulturausschuss

- zu 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Festlegung von Kriterien für die Erhaltung von historisch wertvollen Grabmalen**
Vorlage: V/2012/10695
-

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag entsprechend ihrer Stellungnahme in den Kulturausschuss. Grundsätzlich könne sie einem solchen Verfahren zustimmen, über die Umsetzung sowie über entsprechende Vorschläge sollte aber vorerst in dem zuständigen Ausschuss beraten werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kriterien zu benennen, nach denen künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale, oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofes gelten, erhalten bleiben sollen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Kulturausschuss

- zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlichen Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen im Internet**
Vorlage: V/2012/10684
-

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, merkte an, dass die Verwaltung entsprechend ihrer Stellungnahme aufgrund umfangreicher Recherchen erst zur Stadtratssitzung im September 2012 ihren Standpunkt zum Antrag darlegen könne.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass er die Stellungnahme der Verwaltung nicht nachvollziehen könne. Danach wolle die Verwaltung bis zum September die Prüfungen zum Beschlusspunkt 1 und 2 durchführen, seine Fraktion wolle mit dem Antrag aber vorerst den Auftrag dazu geben.

Der Beschlusspunkt 1 des Antrages seiner Fraktion habe das Ziel, die entsprechenden Unterlagen bei dem Verfahren von Bebauungsplänen nicht nur im zuständigen Dezernat auszuliegen, sondern auch über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Seines Erachtens wäre dies relativ einfach umzusetzen. Der Beschlusspunkt 2 beinhalte lediglich einen Prüfauftrag.

Insofern hätte einer Stellungnahme zur heutigen Sitzung nichts entgegen gestanden. Er bat darum, bis zum September das Prüfergebnis vorzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gestand ein, dass die Ausführungen der Verwaltung in der Stellungnahme unglücklich formuliert seien und verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze und wies darauf hin, dass bereits im September 2009 ein gleichlautender Beschluss im Stadtrat gefasst wurde. Vor diesem Hintergrund könne er die Stellungnahme der Verwaltung, bis September 2012 umfangreiche Recherchen vornehmen zu müssen, nicht nachvollziehen. Diese sollten drei Jahre nach dem gefassten Beschluss vorliegen.

In Anbetracht dessen wäre auch die Verweisung nicht erforderlich, da es sich hierbei lediglich um eine Beschlusskontrolle handele, so dass über den Antrag in der heutigen Sitzung problemlos hätte abgestimmt werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass bei einem bereits vorliegenden Beschluss eine erneute Beschlussfassung nicht notwendig wäre. Aus diesem Grund sei eine Beratung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten zweckmäßig, um dort z. B. auf die bisherige Umsetzung des Beschlusses aus dem Jahr 2009 eingehen zu können.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass nicht so sehr die Beschlussfassung, sondern die Umsetzung des Beschlusses wichtig sei. Aus diesem Grund gehe er nicht davon aus, dass man im Ausschuss für Planungsangelegenheiten weiter vorankomme.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, dies im Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu klären.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erstellung von Bebauungsplänen und die öffentliche Auslegung von Entwürfen von Bebauungsplänen ergänzend zum standardisierten Verfahren auch auf der stadtteilgenen Internetpräsenz durchzuführen.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit rechtsverbindliche Stellungnahmen von BürgerInnen und Institutionen bei der Beteiligung und bei der öffentlichen Auslegung auf elektronischem Wege (z.B. Email) realisierbar sind.*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

**zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Unterstützung privater Baumpflanzaktionen auf dem Gebiet der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10685**

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und merkte an, dass er über die Stellungnahme der Verwaltung, den Antrag anzunehmen, erfreut sei.

Mit dem Antrag soll die Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, wie private Baumpflanzaktionen auf dem Gebiet der Stadt Halle aktiv unterstützt werden können. Im Zuge dessen wies er entsprechend der Begründung zum Antrag darauf hin, dass in der Halleschen Straße im Stadtteil Nietleben an drei Stellen straßenbegleitend Bäume offensichtlich in privater Initiative gepflanzt wurden. Dies wäre grundsätzlich begrüßenswert, für das Stadtbild allerdings nicht besonders vorteilhaft.

Herr Kley, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass er dem Antrag grundsätzlich zustimmen könne. Allerdings sei kein Zeitrahmen für die Verwaltung zur Umsetzung angegeben. In dem Zusammenhang verwies er auf die Diskussionen zum vorherigen Antrag, dass die Umsetzung eines Beschlusses aus dem Jahr 2009 bisher nicht erfolgt sei.

Infolge dessen bat **Herr Kley** die antragstellende Fraktion, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Umsetzung besser kontrollieren zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ging auf die Wortmeldung von Herrn Kley zum Beschluss des Antrages aus dem Jahr 2009 ein und machte deutlich, dass der Tatbestand ein anderer war und gefasste Beschlüsse veröffentlicht werden sollten. Dies habe die Verwaltung umgesetzt. Die in dem Zusammenhang stehenden weitergehenden Maßnahmen müssen nun im Ausschuss für Planungsangelegenheiten diskutiert werden.

Bei dem vorliegenden Antrag ginge es um Möglichkeiten, wie private Baumpflanzaktionen unterstützt werden können. Entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung werden durch Dritte initiierte Baumpflanzungen bereits unterstützt. Insofern könne die Verwaltung ohne erheblichen Zeitaufwand die Möglichkeiten zusammenfassen und dem Stadtrat vorlegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, bei Zustimmung zum Antrag dem Stadtrat in seiner Sitzung im September 2012 die Möglichkeiten vorzulegen, wie private Baumpflanzaktionen aktiv unterstützt werden können.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies *Frau Dr. Sitte* darauf hin, dass das Essen im Sitzungssaal nicht gestattet sei.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., erklärte bezogen auf die Ausführungen von Herrn Kley, dass seine Fraktion der Verwaltung vertraue, dass diese den Antrag auch ohne vorgegebenen Zeitrahmen in absehbarer Zeit umsetze. Im Zuge dessen merkte er an, dass beispielsweise eine telefonische Anfrage innerhalb einer relativ kurzen Frist durch das Bürgerbüro beantwortet wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich bei Herrn Sieber für dessen Ausführungen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, widersprach den Ausführungen der Oberbürgermeisterin hinsichtlich des Tatbestandes des Beschlusses vom 30.09.2009 und verwies auf den Beschlusspunkt 2:

„Bei zukünftigen Auslagen von Bebauungsplänen im Rahmen von Beteiligungsverfahren sind diese parallel zur normalen Einsichtnahme im Stadtplanungsamt ebenfalls auf der Homepage der Stadt einsehbar zu machen.“

Infolge dessen bat **Herr Paulsen** darum, dass sich die Oberbürgermeisterin vorab informiere.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie private Baumpflanzaktionen engagierter Bürgerinnen und Bürger auf dem Gebiet der Stadt Halle (Saale) aktiv unterstützt werden können.

**zu 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation
Vorlage: V/2012/10681**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., begründete die Einbringung des Antrages seiner Fraktion. Die Bundesrepublik Deutschland wolle gemäß der UN-Konvention Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen in die Gesellschaft integrieren.

Dazu gehören zukünftig auch ein inklusives Schulsystem und die dafür entsprechend ausgestatteten Schulgebäude. Um dies zu gewährleisten, müsse die Stadt als Schulträger die Planungen vornehmen und die Inklusion in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigen

Entsprechend des Antrages soll bis Ende dieses Jahres eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen seitens der Verwaltung erfolgen und dem Stadtrat vorgelegt werden. Dies wäre auch deshalb erforderlich, um mit dem Förderprogramm STARK III die Schulen so zu sanieren, dass sie den Anforderungen der Barrierefreiheit entsprechen und im Nachgang keine aufwendigen Nachrüstungen vorgenommen werden müssen.

Darüber hinaus ging **Herr Lange** auf seine Fragen zur Brandschutzsanierung in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses ein. Aufgrund der Antwort des Leiters des Eigenbetriebes ZGM müsse man davon ausgehen, dass die Entwicklungen hinsichtlich Inklusion nicht berücksichtigt werden.

Des Weiteren wäre nachvollziehbar, dass die Überarbeitung und die im Antrag geforderten Rücksprachen mit den Beteiligten mit einem hohen zeitlichen Aufwand verbunden seien. Aus diesem Grund wäre es notwendig, sich über den angedachten Zeitraum zu verständigen.

In Anbetracht der Stellungnahme der Verwaltung sowie aufgrund weiteren Gesprächsbedarfs verwies **Herr Lange** den Antrag namens der Fraktion in den Bildungsausschuss.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sprach sich für den Antrag sowie die Verweisung in den Bildungsausschuss aus. Zudem stimmte sie der Stellungnahme der Verwaltung zu, dass die Rahmenbedingungen seitens des Landes ebenfalls erfüllt werden müssen. In dem Zusammenhang bat sie die im Landtag vertretenen Stadträte mehr Druck auszuüben und verwies auf einen Film über Inklusion, welcher die Schwierigkeiten der Nichtbarrierefreiheit, der Nichtbereitstellung von pädagogischen Hilfen usw. aufgezeigt habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag zudem in den Jugendhilfeausschuss, da entsprechend des Antrages auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden soll.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, kritisierte, dass der Antrag lediglich vorsehe, den Stadtelternrat und Stadtschülerrat bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen und das pädagogische Fachpersonal, wie die Schulleitungen und die Lehrer, nicht berücksichtigt werden sollen.

Ungeachtet dessen verwies **Herr Bönisch** darauf, dass im Landtag auf seine Initiative hin ein Fachgespräch zum Thema Inklusion stattfinden werde. Bei der bereits seitens der CDU-Landtagsfraktion durchgeführten Anhörung zu diesem Thema mit einem entsprechenden Personenkreis aus der Stadt Halle, wie z. B. Schulleitern, wurde deutlich, dass eine Vielzahl von Voraussetzungen noch längst nicht erfüllt seien, um inklusive Bildung nachhaltig umsetzen zu können.

In Anbetracht dessen sei der vorliegende Antrag nicht zielführend und der vorgegebene Zeitrahmen übereilt. Das notwendige pädagogische Personal könne man selbst bei Zurverfügungstellung der erforderlichen finanziellen Mittel nicht erhalten, um die Inklusion zu vollziehen.

Herr Bönisch bat darum, dass bei einer Diskussion über die Schulentwicklungsplanung auch das pädagogische Fachpersonal einbezogen werde, um einen Überblick über den tatsächlichen Stand und die vorhandenen Probleme zu bekommen.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, erklärte, dass angesichts der vor den Schulen und Kommunen stehenden Aufgaben der Inklusion der vorliegende Antrag nachvollziehbar sei. Allerdings wären die daraus folgenden Probleme nicht neu. Zudem seien die erforderlichen Neuregelungen nach der Gesetzeslage vom Land zu treffen. Demzufolge müsste hier an die Mitglieder des Landtages appelliert werden.

Darüber hinaus wäre der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, da erst kürzlich die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für 2012/2013 beschlossen wurde und damit der vom Land übliche Rhythmus verändert werde. Seines Erachtens sollte ein demokratisch zustande gekommener Beschluss auch akzeptiert und eingehalten werden.

Das mit dem Antrag verfolgte Ziel bedeute letztendlich die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 12.01.2012 sowie ein neues unsicheres und ggf. langwieriges Genehmigungsverfahren. Dies hätte im Ergebnis weitere Folgen für die Stadt Halle, wie z. B. bei der Beantragung von Fördermitteln für die Sanierung oder für die Ausstattung von Schulen. Zudem stünden notwendige rechtliche Regelungen, beispielsweise für die Veränderungen im Bereich der Förderschulen, ebenfalls noch aus.

Aus vorgenannten Gründen sei der Antrag nach Auffassung seiner Fraktion nicht hilfreich und sollte in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2012 eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dabei sollen bereits im Vorfeld der Stadtelternrat und der Stadtschülerrat sowie (für berufsbildende Schulen) die Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.*

Ziel soll es sein, dass in der Stadt Halle (Saale) ein attraktives und auskömmliches Schulangebot längerfristig gewährleistet werden kann, das flexibel genug ist, unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen ebenso zu entsprechen wie es Raum für bildungspolitische und pädagogische Innovationen geben soll.

Insbesondere soll dabei beachtet werden, dass in der Stadt Halle (Saale) inklusive Bildung in allen Schulen und Schulformen möglich wird.

Da sich viele Grundschulen die Räumlichkeiten mit Horten teilen, soll in diesem Zusammenhang auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden.

2. *Bei künftig in Angriff zu nehmenden Schulsanierungen – beginnend mit dem STARK III-Programm – sollen in den Planungen Maßstäbe für inklusive Bildung über die bauliche Barrierefreiheit hinaus angelegt werden. Dazu soll mit der Landesregierung beraten werden, inwiefern die planerischen Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Raumberechnungen mit Blick auf die Absicherung inklusiver Bildung angepasst werden müssen.*
3. *Im Zusammenhang mit den angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und ggf. darüber hinaus sollen die zu sanierenden Schulen eine informationstechnische Infrastruktur erhalten, die eine Nutzung von modernen Unterrichtsmitteln künftig ermöglicht.*

4. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind im Jugendhilfe- und Bildungsausschuss vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den
Bildungsausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Jugendhilfeausschuss

zu 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Lichtsignalanlagen an die Stadtwerke Halle
Vorlage: V/2012/10689

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat um Zustimmung und erläuterte die Hintergründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion. Bezugnehmend auf die intensiven Diskussionen um eine Energiewende, die Frage des Rohstoffverbrauches und insgesamt um die Frage des Umweltschutzes, Immission und Ähnliches sollten auch die Kommunen ihren Beitrag leisten.

Die Stadt Halle könne über die Verkehrsbeeinflussung zur Frage der Immissionen die privaten sowie über die Möglichkeiten der Pflege der eigenen Infrastruktur Energieverbräuche reduzieren und Wartungsaufwand koordinieren.

Anhand der Übertragung der Straßenbeleuchtung und der Übertragung der Bäder an städtische Unternehmen wies **Herr Kley** auf die erzielten positiven Ergebnisse hin.

Aus diesem Grund wäre seine Fraktion der Auffassung, die Zweckmäßigkeit einer Übertragung der im weiteren Sinne ebenfalls zum Mobiliar des Straßenraumes gehörenden Lichtsignalanlagen zu prüfen. Im Zuge dessen sollte der Aufwand, die entsprechenden Anlagen, die Koordination dieser sowie rechtliche und technische Möglichkeiten einer Übertragung dargestellt werden.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde und begründete dies. Seines Erachtens sei der Betrieb der Lichtsignalanlagen von großer ordnungsrechtlicher Bedeutung, dass dieser keinesfalls privatisiert werden dürfe. Zudem befinde man sich hinsichtlich der Betreuung der Lichtsignalanlagen im übertragenen Wirkungskreis, so dass diese Aufgabe auch von der Stadt Halle umgesetzt werden müsse.

Anschließend ging **Herr Wehrich** auf die Wortmeldung von Herrn Kley hinsichtlich der Energieeinsparungen ein. Bei den Lichtsignalanlagen damit zu beginnen, halte er für absurd. In der Stadt Halle gebe es eine Vielzahl von Bereichen, bei denen deutlich mehr Energie gespart werden könne.

Herr Wehrich brachte zum Ausdruck, dass es bei den Lichtsignalanlagen ausschließlich um die Verkehrssicherheit ginge. Diese seien kein Mobiliar des Straßenraumes, sondern wären für die Verkehrsregelung und Gewährleistung der Verkehrssicherheit zwischen allen Verkehrsteilnehmern notwendig.

Darüber hinaus könne er dem zweiten Absatz des Beschlussvorschlages, dass der Betreiber im Falle einer Übertragung einen Investitionsplan vorzulegen habe, nicht zustimmen. Dies wäre eine Kernaufgabe der Stadt Halle. Die finanziellen Mittel müssen durch die Stadt bereitgestellt werden und können nicht auf die Stadtwerke verlagert werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Ausführungen von Herrn Wehrich nicht nachvollziehbar seien. Bei dem vorliegenden Antrag ginge es lediglich um die Betreuung der Lichtsignalanlagen. Die Festlegung der Standorte von Lichtsignalanlagen obliege weiterhin der Stadt Halle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass sie dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen könne, um eine solche Übertragung und die damit verbundenen Bedingungen sowie mögliche Energieeinsparungen vorerst zu prüfen.

Herr Sängler, CDU-Fraktion, verwies den Antrag aufgrund weiteren Beratungsbedarfs namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass sowohl der Antrag der FDP-Fraktion als auch die Stellungnahme der Verwaltung nicht nachvollziehbar seien. Er halte eine Übertragung nicht für zweckmäßig. Die an den Magistralen befindlichen Anlagen werden bereits zentral gesteuert; der Straßenbahnverkehr habe in Halle-Neustadt Vorrang. Der in der Stadt Halle vorhandene Verkehrsrechner sowie die Funktionen wurden den Fraktionen längst vorgestellt.

Insofern wären die entsprechend des Antrages der FDP-Fraktion vorgesehenen Investitionen für den Ausbau einer zentralen Steuerung der an den Magistralen befindlichen Anlagen fraglich. Sollte eine Veränderung der zentralen Steuerung vorgenommen werden, so dass der Straßenbahnverkehr keinen Vorrang mehr habe, entstünden der Stadt Halle zusätzliche Kosten für den Betrieb der HAVAG.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag namens der Fraktion zudem in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, um dort die angesprochenen ordnungsrechtlichen Fragen klären zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft die Übertragung der ~~überträgt die~~ Betreuung der in ihrem Eigentum befindlichen Lichtsignalanlagen an die Stadtwerke Halle (Saale) oder eine von ihr zu diesem Zweck gegründete Tochter.

Im Falle der Übertragung hat der ~~Der~~ Betreiber ~~hat~~ einen Investitionsplan vorzulegen, der insbesondere den Ausbau einer zentralen Steuerung der an den Magistralen befindlichen Anlagen vorsieht.

Dabei ist der Zugriff der Stadt als untere Verkehrsbehörde zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Wiederherstellung des Stadions
Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/10691**

Herr Kley, FDP-Fraktion, kritisierte, dass zu dieser Thematik nicht die zuständigen Beigeordneten antworten und die Stadträte offenbar verwirrt werden sollen.

Die Anfrage von Frau Wolff vom August 2011 zum Stadion Halle-Neustadt wurde damals nicht durch den zuständigen Beigeordneten, Herrn Dr. Wiegand, sondern durch Herrn Beigeordneten Geier beantwortet. Darin wurde die Sanierungspflicht des HFC angegeben und eine Erbringung der Leistungen der abschließenden Bauarbeiten unmittelbar nach Umzug in den Erdgas-Sportpark in Aussicht gestellt.

Aufgrund dessen habe seine Fraktion den vorliegenden Antrag für die heutige Sitzung eingebracht. Die Stellungnahme erfolgte jedoch nicht durch den für Sport zuständigen Beigeordneten, Herrn Kogge, sondern durch Herrn Beigeordneten Neumann. Danach sei der Antrag abzulehnen, da der HFC nicht zuständig wäre und dieser aus keinem ersichtlichen Rechtsgrund dazu gedrängt werden könne.

Darüber hinaus wies **Herr Kley** darauf hin, dass finanzielle Mittel in Höhe von 2,5 Mio. € für die Nutzbarkeit des Stadions Halle-Neustadt durch den HFC investiert wurden. Aufgrund der unterlassenen Vollendung seien die Anlagen jetzt in einem schlechteren Zustand als vorher, so dass diese nicht mehr von Schulen und Sportvereinen genutzt werden können. Dies resultiere aus der Aufstellung beweglicher Tribünen.

Herr Kley bat um Beantwortung folgender Fragen:

Was gedenkt die Verwaltung hinsichtlich der Anlagen im Stadion Halle-Neustadt zu tun?
Wer ist für die Wiederherrichtung der Anlagen zuständig?
Weshalb erfolgte damals der Bauauftrag zur Aufstellung beweglicher Tribünen?

Zudem kündigte **Herr Kley** an, dass seine Fraktion Akteneinsicht in die Planungs- und Bauunterlagen, Bauabnahmeprotokolle sowie in den Mietvertrag der Stadt Halle mit dem HFC beantragen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass für Baumaßnahmen der Eigenbetrieb ZGM zuständig sei und dieser im Verantwortungsbereich von Herrn Beigeordneten Neumann liege. Insofern habe der zuständige Beigeordnete eine Stellungnahme abgegeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Neumann um Beantwortung der Fragen von Herrn Kley.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erklärte, dass nach Aussage des Eigenbetriebes ZGM nicht angedacht war, den gesamten Sportkomplex Halle-Neustadt zu ertüchtigen. Es wurde sich hierbei lediglich auf den Bereich Fußball konzentriert. Die Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt haben sich nicht wesentlich verschlechtert, sondern waren bereits vor der Ertüchtigung sanierungsbedürftig.

Des Weiteren verwies **Herr Beigeordneter Neumann** auf die Stellungnahme der Verwaltung. Darin habe er ausgeführt, dass eine Erneuerung der Leichtathletikanlagen erfolgen sollte. Die Sanierung der Anlagen werde derzeit konzipiert und vorbereitet. Im Rahmen der Investitionsprioritätenliste könne der Stadtrat jederzeit darüber befinden, hierfür weitere finanzielle Mittel bereitzustellen.

Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden insbesondere genutzt, um die vorhandenen Tribünen grundlegend umzubauen und zu erneuern, das Funktionsgebäude zu sanieren und zu modernisieren, das vorhandene Fußballfeld vollständig zu erneuern sowie die technische und Sicherheitsinfrastruktur und die Logistik auf den Stand der Technik zu bringen. Entsprechend der vor der Sanierung entwickelten Nutzungskonzeption werden die Büroräume im Funktionsgebäude weiterhin genutzt.

Herr Beigeordneter Neumann sagte eine Prüfung hinsichtlich der Sanierung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt zu. Danach erfolge eine sportfachliche Entscheidung, ob und inwieweit eine Ertüchtigung der Anlagen notwendig sei.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass ihre Fraktion das Anliegen grundsätzlich unterstütze, insbesondere im Hinblick auf den Breitensport und der Nutzung des Stadions für die Menschen im Stadtteil Halle-Neustadt. Ihrerseits bestünde allerdings weiterer Informationsbedarf, z. B. hinsichtlich des Widerspruchs zum Zustand der Anlagen.

Infolge dessen verwies **Frau Dr. Brock** den Antrag namens der Fraktion in den Sportausschuss sowie in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag zudem in den Eigenbetriebsausschuss des Eigenbetriebes ZGM.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, teilte mit, dass er aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung davon ausgegangen sei, dass die FDP-Fraktion ihren Antrag zurückziehe.

In dem Zusammenhang wies er darauf hin, dass Ansprüche zur Instandsetzung der Anlagen binnen 6 Monaten hätten geltend gemacht werden müssen. Aus diesem Grund sei ein solcher Beschluss nicht zweckmäßig, da im Falle einer Klage des HFC der Ausgang vorhersehbar wäre.

Darüber hinaus brachte **Herr Häder** zum Ausdruck, dass Ziel des Antrages sei, die Sportanlage wieder instandzusetzen. Dies müsse dann aber auch in der Form beantragt werden.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., bat bei der Diskussion in den Ausschüssen um Berücksichtigung, dass seinerzeit Auflagen des Deutschen Fußballbundes bestanden, aus Sicherheitsgründen kurzfristig massive Baumaßnahmen durchzuführen, um die Traversenabstände einzuhalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der HFC wird von der Stadtverwaltung zur Einhaltung der Nutzungsvereinbarung gedrängt und zur Wiederherstellung von Laufbahn, Kugelstoß- und Speerwurfanlage sowie Hoch- und Weitsprunganlage des Stadions Halle-Neustadt bis zum Schuljahresbeginn 2012/13 verpflichtet.

Dem Stadtrat ist umgehend Bericht über die zeitliche Durchführung der Bauarbeiten zu geben.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Sportausschuss,
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Eigenbetriebsausschuss des Eigenbetriebes ZGM

zu 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2012/10688

Herr Kley, FDP-Fraktion, erläuterte die Hintergründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion. Dieser resultiere aus immer wieder auftretenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Teilnehmern größerer Veranstaltungen in der Stadt Halle, bei denen hilfeleistende Personen oftmals nicht auf Defibrillatoren zurückgreifen können.

In Anbetracht dessen soll die Stadtverwaltung sicherstellen, dass in allen öffentlichen Gebäuden mit erheblichem Besucheraufkommen Defibrillatoren angebracht und deren Standorte deutlich kenntlich gemacht werden.

Darüber hinaus machte **Herr Kley** darauf aufmerksam, dass entsprechend des Antrages bis Dezember 2012 eine Übersicht aller mit Defibrillatoren ausgestatteten Gebäude erstellt werden und schrittweise eine Umsetzung des Antrages erfolgen soll. Insofern könne er die Stellungnahme der Verwaltung nicht nachvollziehen, dass umfassende und zum Teil externe Recherchen notwendig wären. Er bat die Verwaltung, darüber nachzudenken, ob eine Verweisung tatsächlich erforderlich sei. Seines Erachtens könne dem Antrag seiner Fraktion bereits in der heutigen Sitzung zugestimmt werden.

In dem Zusammenhang erinnerte **Herr Kley** daran, dass ein ähnlicher Antrag seitens seiner Fraktion schon vor einigen Jahren eingebracht wurde und die Verwaltung eine Umsetzung zugesichert habe. Dies wäre nicht erfolgt. Stattdessen seien erneut umfangreiche Recherchen notwendig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss. Sie machte deutlich, dass dies keine Verschiebung des Antrages bedeute, sondern im Ausschuss über die Notwendigkeit von Defibrillatoren in den jeweiligen Gebäuden diskutiert werden und eine Prioritätensetzung erfolgen sollte. Dazu werde die Verwaltung eine Übersicht hinsichtlich der bereits vorhandenen Defibrillatoren vorlegen.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass in den großen kulturellen Einrichtungen, wie Opernhaus, Steintor Variete und Georg-Friedrich-Händel HALLE, ordnungsgemäß Defibrillatoren angebracht seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadt Halle (Saale) stellt sicher, dass in allen öffentlichen Gebäuden mit erheblichem Besucheraufkommen, die entweder von der Stadt selbst betrieben werden oder in ihrem Auftrag mit städtischem Zuschuss privat bewirtschaftet werden, Defibrillatoren einsatzbereit vorgehalten werden.*
- 2. Die Defibrillatoren sind vom jeweiligen Mieter bzw. Eigentümer der o.g. Gebäude vorzuhalten und deren Standorte deutlich kenntlich zu machen.*
- 3. Die Stadt bemüht sich gegenüber den Betreibern weiterer öffentlich genutzter Gebäude (mit erheblichem Besucheraufkommen) in Halle (Saale) um die Bereitstellung von Defibrillatoren.*
- 4. In der Sitzung des Stadtrates im Dezember 2012 legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat eine Übersicht aller mit Defibrillatoren ausgestatteten Gebäude vor.*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Hafenhalle GmbH
Vorlage: V/2012/10710

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte die Gründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion dar. Die Hafenhalle GmbH habe in den vergangenen Jahren regelmäßig Verluste gemacht; im Jahr 2011 über 1 Mio. €. Zudem äußern die Geschäftsführung der GmbH sowie die BeteiligungsManagementAnstalt Halle, dass keine Verbesserung zu erwarten sei. Dies wäre aufgrund der städtischen Haushaltssituation für den Konzern Stadt auf Dauer nicht tragbar.

Darüber hinaus machte **Herr Paulsen** deutlich, dass entgegen der Stellungnahme der Verwaltung der Stadtrat durchaus berechtigt sei, diese Problematik zu thematisieren. Die städtischen Unternehmen sollen der Stadt einen Nutzen bringen und nicht Kosten bzw. Verluste verursachen. Sofern das Letztere eintritt, sei es Aufgabe des Stadtrates, als Gesellschafter korrigierend einzugreifen.

Die Hafen Halle GmbH, wie in der Vergangenheit erfolgt, weiterhin finanziell zu unterstützen, wäre seines Erachtens falsch. Die Stadt als Eigentümerin der Stadtwerke GmbH und mittelbar der Hafen Halle GmbH wäre gehalten, bisherige Fehlinvestitionen als solche zu erkennen und umzusteuern. Nach Auffassung seiner Fraktion sei auch für die Zukunft erkennbar, dass der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens nicht gesichert werden könne.

Hinsichtlich der Stellungnahme erklärte **Herr Paulsen**, dass die Stadtverwaltung die Position seiner Fraktion nicht bestritten und sich inhaltlich nicht mit der Thematik auseinandergesetzt habe. Es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass der Stadtrat zwar zuständig sei, aber konkret in diesem Fall kein Initiativrecht besitze. Demzufolge soll der Stadtrat als letzte Instanz tatenlos zusehen. Dies erscheine völlig absurd.

Der Stadtrat müsse und könne präventiv aus eigener Initiative auch ohne Gesellschafterweisung tätig werden und könne eine rechtmäßige Änderung des Gesellschaftervertrages vornehmen, wie z. B. die Streichung des Gesellschafterzweckes Hafenbetrieb.

Die Argumentation der Stadtverwaltung, so **Herr Paulsen** weiter, sei unrealistisch. Seines Erachtens wolle sich die Stadtverwaltung nicht eingestehen, dass sie hier Fehlinvestitionen getätigt habe. Der Stadtrat dürfe sich jedoch dieser Diskussion und Entscheidung nicht verschließen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages in die Stadtratssitzung Oktober 2012 und begründete dies. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke, in dem u. a. die antragstellende Fraktion und die Stadtverwaltung vertreten seien, setze sich derzeit intensiv mit der Situation auseinander. Insofern wäre seiner Auffassung nach im Oktober eine bessere Entscheidungsgrundlage und neue Faktenlage gegeben, um im Stadtrat einen nachhaltigen Beschluss fassen zu können.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach formal gegen den Geschäftsordnungsantrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter auf Vertagung des Antrages in die Stadtratssitzung Oktober 2012.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke GmbH die Geschäftsführung anzuweisen, ein Konzept zur Auflösung der Hafen Halle GmbH (Schließungskonzept) zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

in die Stadtratssitzung Oktober 2012
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

**zu 7.10 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) sowie Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Stadtratsfraktion) und Stadtrat Dr. Hans-Dieter Wöllenweber (FDP-Stadtratsfraktion) zum Baudenkmal Brüderstraße 5
Vorlage: V/2012/10721**

Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich bei allen Fraktionen und Stadträten, die den vorliegenden Antrag mittragen und sich für dieses Baudenkmal einsetzen. Damit wolle man auch ein Zeichen an den Eigentümer setzen, dieses Baudenkmal zu erhalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat setzt sich für den Erhalt des Baudenkmals Brüderstraße 5 ein, missbilligt das Bestreben des Eigentümers vor dem Verwaltungsgericht einen Abbruch durchzusetzen und fordert die Stadtverwaltung auf, sich aktiv für den Erhalt des Gebäudes einzusetzen.

Der Stadtrat legte eine Pause von 30 Minuten ein.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

- zu 8.1 Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Erfahrungen und Erkenntnissen bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
Vorlage: V/2012/10597**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 8.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Wohnungsverkäufen der bundeseigenen ostdeutschen Immobiliengesellschaft TLG
Vorlage: V/2012/10598**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 8.3 Anfrage des Stadtrates Werner Misch (CDU-Fraktion) zur Reinigung von Straßeneinläufen im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10699**

Herr Misch, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass er entsprechend der Antwort der Verwaltung in keinsten Weise nachvollziehen könne, weshalb man bei einer abschüssigen Straße wie der Schimmelstraße, bei der bei Starkregen das Regenwasser den Steinweg hinunterlaufe, nicht eher tätig werde. Die Kontrolle sei im März 2012 erfolgt und dabei dieser Zustand festgestellt worden; die Reinigung wäre erst Ende Mai vorgesehen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

- zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Baumpflanzungen in der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/10697**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion) zu Lebensdauer und Instandhaltungskosten der Hochstraße
Vorlage: V/2012/10696

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

zu 8.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Kooperation der Führerscheinstelle und der Polizei
Vorlage: V/2012/10698

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion Halle zu den Abitur-Feiern auf der Peißnitz
Vorlage: V/2012/10690

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung auf die Frage 3 unbefriedigend wäre und fragte, wann dem Stadtrat das entsprechende Konzept vorgelegt werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte zu, im nächsten Ausschuss für Planungsangelegenheiten über den Stand und Zeitplan der Einbringung des Konzeptes zu informieren.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Strategie der Müllvermeidung auf der Peißnitz
Vorlage: V/2012/10717

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Aktion „fifty-fifty-Ticket“ in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10683**

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, erklärte, dass er mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei und bat um erneute Beantwortung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte Herrn Dr. Diaby zu und bat Herrn Beigeordneten Kogge um weitere Ausführungen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, brachte zum Ausdruck, dass er sich dahin gehend erkundigt habe. In Sachsen-Anhalt wurden 33.000 Tickets verkauft, davon der größte Teil in der Stadt Halle und dem Saalekreis mit insgesamt 8.800 Tickets. Somit sei dies eine sehr erfolgreiche Aktion in Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu Stadtteilfesten in Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10720**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu den Bauprojekten des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/10631**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juli 2012 vertagt.

**zu 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Einsatz von Open Source Software in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10608**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.13 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schadensersatzforderungen der Stadt Halle (Saale) zu Beschädigungen der Bäume in der Otto-Stomps-Straße
Vorlage: V/2012/10718**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

**zu 8.14 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Familienfreundlichkeit der Beschlussvorlage Abwägungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 145.1 "Kaserne Lettin" V/2012/10470
Vorlage: V/2012/10703**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass sie mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei. Sie habe nicht erwartet, dass die Bewertungskriterien aufgeführt werden, diese wären ihr bekannt. Allerdings hätte die Verwaltung eingestehen können, dass aufgrund der Bedingungen die getroffene Entscheidung, auf die Errichtung eines Kinderspielplatzes zu verzichten, nach den festgelegten Kriterien nicht familienfreundlich sei. Ziel ihrer Anfrage wäre gewesen, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.15 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Kooperationsmöglichkeiten des Peißnitz-Express mit der Deutschen Bahn AG
Vorlage: V/2012/10694**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

**zu 8.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Schulmedienstelle der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/10712**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.17 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Verkauf des Grundstückes Wittekindbad
Vorlage: V/2012/10708**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erinnerte bezogen auf die Einwohnerfragen von Frau Dr. Schöps daran, dass die Oberbürgermeisterin bereits vor längerer Zeit dem Arbeitskreis Wittekind die Einbeziehung dessen zugesagt habe. Sie bat darum, dass auf die Fragen von Frau Dr. Schöps entsprechend der heutigen Einwohnerfragestunde eingegangen werde.

Zudem merkte **Frau Wolff** an, dass die Antwort der Verwaltung nicht besonders freundlich formuliert sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf ihre Ausführungen in der Einwohnerfragestunde und sagte zu, die Fragen von Frau Dr. Schöps unter Berücksichtigung der schutzwürdigen Interessen Dritter zu beantworten.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.18 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu den Prüfergebnissen der besseren touristischen Vermarktung der halle-schen Türme
Vorlage: V/2012/10692**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Werbeaktionen für die ÖPNV-Nutzung
Vorlage: V/2012/10713**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

**zu 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den für 2012 geplanten MDV-Tariferhöhungen
Vorlage: V/2012/10714**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

**zu 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes
Vorlage: V/2012/10611**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte bezogen auf die Antwort zur Frage 2, wann die Durchführung der Erhebung des Eigenbetriebes ZGM zur Barrierefreiheit abgeschlossen sei und dem Stadtrat vorgelegt werde.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, sagte eine Beantwortung im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes ZGM zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur verkehrlichen Anbindung des geplanten SB-Warenhauses am Dessauer Platz
Vorlage: V/2012/10704**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

**zu 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen in Halle
Vorlage: V/2012/10705**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

**zu 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kinderspielplätzen
Vorlage: V/2012/10709**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, brachte zum Ausdruck, dass die Antwort des zuständigen Beigeordneten unbefriedigend sei, da zu dieser Thematik keine Stellung bezogen wurde.

Frau Dr. Brock kündigte an, dass ihre Fraktion die Thematik weiter verfolgen und möglicherweise das entsprechende Fachdezernat von Herrn Beigeordneten Kogge dazu einbeziehen werde. Es sei enttäuschend, dass die Stadtverwaltung die Möglichkeit entsprechend der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt, die Herstellung von Spielplätzen zu verlangen, nicht nutze.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrssicherheit von Radfahrern in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2012/10701**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Juni 2012 vertagt.

**zu 8.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der manuellen Verkehrszählung 2010
Vorlage: V/2012/10719**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10707**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.28 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den geplanten EFRE-Schulsanierungen
Vorlage: V/2012/10711**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.29 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geschlossenen Unterbringung in der Kinder- und Jugendhilfe
Vorlage: V/2012/10706**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.30 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Betriebs- und Sanierungskosten der Eissporthalle
Vorlage: V/2012/10716**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um Beantwortung der Anfragen, bei denen nicht auf die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung verwiesen wurde.

Darüber hinaus fragte sie, wer die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchführen werde.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erinnerte daran, dass durch Beschluss des Stadtrates die Eissporthalle dem Verein Eissporthalle e. V. übertragen wurde. Diesem Verein habe man die Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitergeleitet mit der Bitte um Beantwortung.

Derzeit werden hinsichtlich der Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen unterschiedliche Gespräche geführt. Die der Stadt Halle zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in Höhe von 250.000 € seien nicht ausreichend, um die Energiekosten von 400.000 € pro Jahr zu begleichen.

Insofern bat **Herr Beigeordneter Neumann** um Verständnis, dass auch aus dem Verein heraus momentan eine Beantwortung nur in der Form möglich sei. Der Verein werde sich um eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bemühen. Sobald diese vorliege, werde der Stadtrat darüber informiert.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die Frage 2 der Anfrage ihrer Fraktion. Hier wurde nach Gesprächen mit der Landesregierung zu den Überlegungen der Stadtverwaltung zum Weiterbetrieb und Erhalt der Eissporthalle gefragt. Dies könne ihres Erachtens nicht durch den Eissporthalle e. V. beantwortet werden. Insofern seien die Fragen nicht beantwortet.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.31 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nachtflugbetrieb am Flughafen Leipzig/Halle
Vorlage: V/2012/10715**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.32 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Verschuldung der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/10634**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.33 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Energiepreisentwicklung
Vorlage: V/2012/10637

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.34 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Trinkwasserqualität in der Stadt Halle/Saale
Vorlage: V/2012/10641

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.35 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Selbstmordrate
Vorlage: V/2012/10636

Herr Pitsch, NPD, bemängelte, dass die Verwaltung hierzu kein Zahlenmaterial vorgelegt habe.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.36 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zu den Kosten für Identitätsfeststellung bei Ausländern
Vorlage: V/2012/10635

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.37 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zu Jugendzentren- und alternative Einrichtungen der Stadt Halle
Vorlage: V/2012/10640

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.38 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Kriminalität an Schulen
Vorlage: V/2012/10639

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.2 Information des Projektsteuerers BVCS (Bureau Veritas Construction Service GmbH (ehem. IPM)) an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf - Büschdorf"
Vorlage: V/2012/10578

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass er über das in der Information unten aufgeführte Datum 28.03.2012 irritiert sei. Demnach könne der Bericht nicht aktuell sein.

Zudem bezog sich **Herr Bönisch** auf den letzten Satz im ersten Absatz auf Seite 1:

„... Die Inbetriebnahme der zukünftigen Straßenbahndienststelle ist weiterhin für Mitte 2012 vorgesehen ...“

und fragte, ob die Verwaltung dazu konkretere Aussagen treffen könne.

Darüber hinaus fragte **Herr Bönisch** hinsichtlich der Ausführungen auf Seite 3 unter dem Punkt „Bauarbeiten“:

„... Zur Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen müssen die jeweiligen Eigentümer aktiv mitwirken. Falls dies nicht erfolgt, können ggf. auch Ansprüche der Betroffenen verloren gehen ...“

nach dem Verfahren mit dem betroffenen Personenkreis.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, machte darauf aufmerksam, dass die Informationsvorlage am 16.04.2012 im Ratsinformationssystem Session erstellt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war es nicht mehr möglich, die Mitteilung dem Stadtrat in seiner Sitzung im April vorzulegen. Aus diesem Grund konnte die Vorlage erst zur heutigen Sitzung eingebracht werden.

Weiterhin erklärte **Herr Beigeordneter Stäglich**, dass die Inbetriebnahme der zukünftigen Straßenbahndienststelle im Sommer vorgesehen sei. Zu dem genauen Termin erfolge eine Mitteilung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten, da man die in den nächsten Tagen dazu stattfindende Sitzung mit dem dafür notwendigen Steuerkreis abwarten wolle.

Hinsichtlich der Frage zum Lärmschutz sagte **Herr Beigeordneter Stäglich** eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Mitteilung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Fortschreibung Psychiatrieplanung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/10357

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, fragte, wie lange die Stadt Halle noch hinnehmen wolle, dass in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie kein Nachtdienst angeboten werde und bezog sich dabei auf die Ausführungen auf Seite 66:

„... In der Stadt ist eine geschützte Behandlung („geschlossene Unterbringung“) nur bedingt möglich, da kein ärztlicher Nachtdienst vor Ort angeboten werden kann und fremdaggressive Kinder nicht betreut werden ...“

Seines Erachtens sollte öffentlich darüber gesprochen werden, aus welchen organisatorischen Gründen dies nicht möglich sei. Der Zustand, bei Bedarf dann eine Behandlung in Merseburg in Anspruch zu nehmen, wäre aus Sicht einer Vielzahl von Ärzten auf Dauer nicht tragbar.

Herr Dr. Wend machte deutlich, dass in einer Großstadt wie Halle der Anspruch bestehen müsse, nachts einen ansprechbaren Dienst in der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorzuhalten. Möglicherweise sollte darüber in den entsprechenden Gremien nachgedacht werden.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Ausführungen auf Seite 85

„... Es wird vorgeschlagen, bereits 2013 eine erneute Fortschreibung zu erarbeiten ...“

Sie wies darauf hin, dass der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss dem Vorschlag zugestimmt habe und bat die Verwaltung darum, dies aufzunehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass die Verwaltung, wie in der Informationsvorlage vorgeschlagen, bereits 2013 eine erneute Fortschreibung erarbeiten werde. Die von der Verwaltung eigenständig eingebrachten Vorschläge werden umgesetzt, sofern der zuständige Ausschuss oder der Stadtrat nicht widerspreche.

Die Mitteilung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 9.4 Gesundheitliche Situation der Bevölkerung in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10402

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.5 Integrierte Schul- und Hortentwicklungsplanung Vorlage: V/2012/10564

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bedankte sich bei der Verwaltung für die nachhaltige Informationsvorlage und merkte an, dass selbst kleine Änderungen innerhalb weniger Tage eingearbeitet wurden.

Seines Erachtens sollte in der nächsten Fortschreibung die Thematik Inklusion berücksichtigt und bewertet werden. Zudem wäre eine solche Informationsvorlage für die anderen Schulformen ebenfalls wünschenswert.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass in der Informationsvorlage nicht alle Horteinrichtungen aufgeführt seien, wie z. B. der Kinderhort der Bartholomäusgemeinde sowie der Hort der Petruskirche. Insofern sei kein vollständiger Überblick gegeben.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass er die Anregung hinsichtlich der Berücksichtigung der Thematik Inklusion aufnehmen und prüfen werde.

Eine entsprechende Informationsvorlage für die Sekundarschulen sei bereits fertiggestellt und werde in den Bildungsausschuss eingebracht; für die Berufsschulen, Förderschulen und Gymnasien befinde sich eine solche Vorlage in der Erarbeitung.

Zudem sei für den Bereich Sport eine Bewertung der Schulturnhallen erfolgt.

Hinsichtlich der Ausführungen von Frau Dr. Bergner brachte **Herr Beigeordneter Kogge** zum Ausdruck, dass lediglich die Horte aufgeführt wurden, welche direkt in eine Schule integriert seien. Die außerhalb der Schulen befindlichen Horte werden derzeit bewertet, so dass eine ständige Ergänzung der Fortschreibung erfolge und somit eine regelmäßige Grundlage für die Schulentwicklungsplanung vorliege.

Die Mitteilung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte zum Haushalt der Stadt Halle 2012 mit, dass die Kommunalaufsicht fristgemäß bis zum 11.06.2012 dazu Stellung zu nehmen habe. Es wurde signalisiert, dass vorab noch ein Gespräch zwischen Stadt und Landesverwaltungsamt stattfinden werde.

In dem Zusammenhang informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darüber, dass eine Kooperationsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt zur Sanierung des städtischen Haushaltes abgeschlossen werden soll. Ein entsprechender Entwurf wurde bereits erarbeitet.

Sie gehe davon aus, dass die Vereinbarung im Juni 2012 in den Hauptausschuss und Stadtrat eingebracht werden könne. Eine Beschlussfassung durch den Stadtrat wäre ihres Erachtens erforderlich, da dieser für den Haushalt zuständig sei und nicht ausschließlich die Verwaltung sich für eine solche Vereinbarung aussprechen sollte.

Auf Nachfrage sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, die Vereinbarung auch in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften einzubringen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte entsprechend ihrer Ausführungen in der letzten Hauptausschusssitzung mit, dass die Metropolregion Mitteldeutschland in einen eingetragenen Verein umgewandelt werden soll.

Dazu werde in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses der Metropolregion Mitteldeutschland ein Satzungsentwurf beraten. Danach liege es entsprechend der Gemeindeordnung der einzelnen Bundesländer in der Entscheidung des jeweiligen Stadtrates der Mitgliedsstädte, diesem Verein beizutreten.

Der Satzungsentwurf sei den Fraktionen bereits zugegangen. Sie bat nochmals um Hinweise und Anregungen für mögliche Änderungen, um in der Sitzung des Hauptausschusses der Metropolregion Mitteldeutschland im Juni 2012 die Änderungswünsche einbringen zu können.

Darüber hinaus informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass am 18.06.2012 die Metropolkonferenz zum Thema Kultur in Erfurt stattfindet und bat die Stadträte um Teilnahme. Die entsprechende Einladung haben die Fraktionen bereits erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass hinsichtlich des Prüfberichtes zum Ersatzneubau Kurt-Wabbel-Stadion am 05.06.2012 ein Abschlussgespräch mit dem Landesrechnungshof stattfinden werde. Über das Ergebnis des Gespräches erfolge eine entsprechende Information.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte hinsichtlich ihres Widerspruchs zum Beschluss des Stadtrates zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/2010 bis 2013/2014 für das Schuljahr 2012/2013 - Schließung der Förderschule Jägerplatz - mit, dass dazu am heutigen Tag ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes eingegangen sei.

Darin wäre aufgeführt, dass die Ablehnung des Beschlusses des Stadtrates vom 29.02.2012, die Förderschule Jägerplatz zum 31.07.2012 zu schließen, rechtswidrig wäre. Die Verwaltung soll bis zum 10.07.2012 darüber informieren, welche weitere Vorgehensweise in dieser Angelegenheit seitens der Stadt Halle beabsichtigt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, das Schreiben des Landesverwaltungsamtes den Fraktionen zukommen zu lassen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ging auf den heutigen Artikel in der BILD-Zeitung ein: „Chefdirektor schmeißt hin“ und stellte richtig, dass der Generalmusikdirektor der Staatskapelle Halle, Herr Karl-Heinz Steffens, am Ende der Spielzeit 2013 entsprechend des Vertrages ausscheide. Dies wäre nicht überraschend, sondern bereits seit ca. 1 ½ Jahren bekannt als der Vertrag von 2009, nach welchem Herr Steffens bereits 2011 ausscheiden sollte, bis 2013 verlängert wurde.

Zudem merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass über die Theater, Oper und Orchester GmbH zusammen mit dem Orchester ein neuer Generalmusikdirektor gesucht werde und das Verfahren ordnungsgemäß laufe, so dass mit dem Ausscheiden von Herrn Steffens ein neuer Generalmusikdirektor zur Verfügung stünde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat entsprechend der mündlichen Anfragen in der letzten Hauptausschusssitzung Herrn Beigeordneten Stäglin um Auskunft zum Stand zur Errichtung der Brücke von der Eissporthalle zur Peißnitz und der weiteren Verfahrensweise.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass nach Informationen der Wohnungswirtschaft und des Halle-Neustadt-Vereins bisher ca. 28.000 € für die fehlende Komplementärfinanzierung in Höhe von 40.000 € gespendet wurden.

Im Zuge des am kommenden Freitag stattfindenden Pressegespräches werde nochmals auf die Spendenaktion hingewiesen. Dabei soll auch die Vorzugsvariante der zu errichtenden Peißnitzbrücke vorgestellt werden, auf die sich die beteiligten Akteure verständigt haben.

Darüber hinaus machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass hinsichtlich der Präsentation und somit öffentliche Würdigung der Spender zwei Varianten vorgeschlagen wurden, nämlich entweder die Namenszüge in den Belag der Brücke oder in das Brückengeländer in Form einer Gravur einzulassen. Es werde seines Erachtens allerdings nicht möglich sein, jeden einzelnen Spender zu berücksichtigen. Deswegen müsse man sich noch mit den beteiligten Akteuren über eine Wertgrenze verständigen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass es durch starke Regenfälle am 24.08.2011 und 11.09.2011 auf einer Vielzahl von Grundstücken in Halle-Nietleben zu erheblichen Wasser- und Schlammschäden gekommen sei. Diese wurden durch den Rückstau in der offenbar nicht ausreichend dimensionierten oder verstopften Kanalisation im Stadtteil Nietleben sowie durch den fehlenden Flutgraben entlang der Straße verursacht.

Dazu habe seine Fraktion zum damaligen Zeitpunkt einen entsprechenden Antrag in den Stadtrat eingebracht. Die Verwaltung habe in dem Zusammenhang zugesagt, mit der aus den betroffenen Anwohnern gegründeten Bürgerinitiative ein Gespräch zu führen.

In Anbetracht dessen äußerte sich **Herr Kley** mit folgenden Fragen:

Hat die Stadtverwaltung mit der Bürgerinitiative ein Gespräch geführt?

Wurde eine Begutachtung der Schäden auf den betroffenen Grundstücken und in den Kellern veranlasst?

Wurde die Beseitigung bzw. ein Umgang der Schäden veranlasst?

Ist die Beantwortung des Schreibens der Bürgerinitiative entsprechend der Zusage der Verwaltung bis Februar 2012 erfolgt? Wenn ja, in welcher Art und Weise?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig merkte er an, dass das Gespräch zusammen mit Vertretern der Bürgerinitiative sowie Vertretern der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH geführt wurde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach, ob das Schreiben der Bürgerinitiative beantwortet wurde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte, dass er diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten könne, danach müsse er sich erst erkundigen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den in der nicht öffentlichen Stadtratssitzung im April 2012 vorliegenden Antrag auf Akteneinsicht seiner Fraktion zu aktuell bestehenden Leasingverträgen für Fahrzeuge der Stadtverwaltung. Ein Termin zur Akteneinsicht sei ihm bisher nicht zugegangen.

Aufgrund dessen fragte **Herr Paulsen**, ob seitens der Verwaltung zeitnah ein Termin mitgeteilt werde oder ob der Akteneinsicht etwas entgegenstünde.

Darüber hinaus ging **Herr Paulsen** auf einen MZ-Artikel ein, dass die Stadt Halle Mitglied in einem neuen Hansebund werden wolle und fragte, ob der Stadtrat hierzu entsprechend einbezogen werde. Im Zuge dessen erinnerte er an die angedachte Vorlage der Verwaltung zur Kündigung freiwilliger Mitgliedschaften. Er sei verwundert darüber, dass die Verwaltung nun wieder eine freiwillige Mitgliedschaft eingehen wolle, welche durch Umlagen über Beteiligung an den Hansetagen finanzielle Auswirkungen habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete hinsichtlich der ersten Frage, dass ihr nicht bekannt sei, weshalb bisher der Termin zur Akteneinsicht nicht zustande gekommen wäre. Diesem stünde nichts entgegen.

Bezugnehmend auf die zweite Frage erinnerte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass der Stadtrat einen Beschluss gefasst habe, dem neuen Hansebund beizutreten. Nunmehr wollen sich innerhalb dieses internationalen Hansebundes Städte einer alten Tradition folgend zum Sächsischen Hansebund zusammenschließen, um bei den internationalen Hansetagen kompakter bei Beschlussfassungen agieren zu können. Ihres Erachtens sei das kein Vereinsbeitritt. Insofern wäre dies nicht stadtratsrelevant. Zudem seien mit der Gründung dieses Sächsischen Hansebundes keine Kosten verbunden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass demzufolge die Aussage des Geschäftsführers der Stadtmarketing GmbH, dass die Finanzierung durch eine Umlage erfolge, nicht korrekt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bestätigte dies.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die nicht öffentliche Stadtratssitzung im April 2012 und fragte nach der seitens der Verwaltung zugesagten Aufstellung der Betriebskosten für die Schwimmhalle Robert-Koch-Straße.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, sagte zu, diese den Fraktionen zukommen zu lassen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zum Standsicherheitsgutachten des Gimritzer Damms mit folgenden Fragen:

Gibt es bereits aktuelle Erkenntnisse aus der Diskussion mit dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft?

Wie plant die Stadtverwaltung zukünftig die Einbeziehung des Stadtrates bei der Diskussion des Standsicherheitsgutachtens?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, bedankte sich zunächst für die nachträgliche Beantwortung seiner schriftlichen Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung zur Verkehrssituation am Franckeplatz, Vorlage: V/2012/10604.

Des Weiteren machte **Herr Bauersfeld** deutlich, dass die Barrierefreiheit auf einer Vielzahl von Gehwegen in der Stadt Halle nicht gegeben sei. Dies stelle insbesondere für ältere Menschen mit einem Rollator ein Problem dar.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Bauersfeld** nach den Überlegungen der Stadtverwaltung, dahin gehend Abhilfe zu schaffen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Gleichzeitig bat sie darum, derart grundsätzliche Fragen vorab schriftlich einzureichen, um diese in der Stadtratssitzung umfassend beantworten zu können.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, fragte nach dem Sachstand des im Stadtrat am 24.11.2010 beschlossenen Gebietsänderungsvertrags zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg.

Darüber hinaus fragte **Herr Scholtyssek**, inwieweit die Mitteilung im HalleForum korrekt sei, dass die Verwaltung den Vertrag mit dem Betreiber der Eisbahn auf dem Weihnachtsmarkt gekündigt habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete hinsichtlich der Frage zum Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Landsberg, dass im Zusammenhang mit dem Stadtratsbeschluss festgelegt wurde, dass der Stadt Halle dabei keine Kosten entstehen sollen. Dazu stünde man noch in Verhandlungen mit dem Land, damit die daraus resultierenden Kredite keinen Kostenaufwuchs für die Stadt Halle bedeuten. Sie werde sich bemühen, dass die Verhandlungen in ihrer Amtszeit bis Ende dieses Jahres zum Abschluss kommen.

In Bezug auf die zweite Frage sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., äußerte sich mit folgenden Fragen:

Wie ist der Stand zur Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark?

Wurde der Vertrag mit einem freien Träger abgeschlossen?

Wenn nicht, warum nicht und wann soll der Vertrag abgeschlossen werden?

Wird die Grundschule Auenschule im Zuge der Sanierung umfassend barrierefrei gestaltet? Sollte dies nicht möglich sein, wäre dann der Neubau nicht die bessere Variante gewesen?

Wird es hinsichtlich des Zustandes des eingezogenen Blankenburger Weges dort zukünftig wieder einen Gehweg geben? Dieser war für Schulkinder der sicherste Weg, um von der Bushaltestelle zur Schule zu gelangen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte sich damit nicht einverstanden und bat um eine Antwort in der heutigen Sitzung. Die Verwaltung könne zumindest darüber Auskunft geben, ob der Vertrag zur Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark abgeschlossen sei oder nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass ihr nicht bekannt sei, ob der Vertrag zur Übertragung bereits abgeschlossen sei und sie sich über den Stand vorerst innerhalb der Verwaltung informieren müsse. Sie bat darum, ihr die Möglichkeit einer Prüfung zu geben. Danach erhalten die Fraktionen zu allen Fragen umgehend eine Antwort.

Im Zuge der Diskussion stellte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, den Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung, um der Verwaltung zu ermöglichen, sich nach dem Sachstand zu erkundigen und die Fragen beantworten zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf ihre vorherigen Ausführungen. Nach Prüfung innerhalb der Verwaltung werden die Fragen umgehend beantwortet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter auf Unterbrechung der Sitzung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Es erfolgte eine Unterbrechung der Stadtratssitzung von 6 Minuten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte hinsichtlich der Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark, dass nach Auskunft des Beigeordneten Herrn Neumann der Vertrag noch nicht abgeschlossen sei. Grund dafür wäre, dass seitens des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) als zukünftiger Träger Änderungswünsche bestanden. Der Termin für die Vertragsunterzeichnung werde wohl innerhalb der nächsten drei Wochen stattfinden können.

Bezugnehmend auf die Frage zur Barrierefreiheit in der Auenschule wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass hierbei nicht nur die Voraussetzungen für Rollstuhlfahrer zu berücksichtigen seien, sondern auch die für hörgeschädigte und sehbehinderte Kinder. Dazu könne die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage treffen, so dass hierzu sowie zur Frage zum Blankenburger Weg eine schriftliche Beantwortung erfolge.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., ging auf die heutige Einwohnerfrage von Herrn Panse zum Einwohnerantrag zur Parkeisenbahn Peißnitzexpress ein. Aufgrund der nicht erfüllten Formalien soll die Einbringung des Einwohnerantrages in den Stadtrat nicht erfolgen.

Im Zuge dessen wies **Herr Dr. Meerheim** auf den § 24 (5) Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) hin. Danach stelle der Gemeinderat die Zulässigkeit des Einwohnerantrages fest. Zudem seien das Ergebnis der Beratung oder die Gründe für die Entscheidung, den Antrag für unzulässig zu erklären, ortsüblich bekanntzumachen. Demzufolge müsse der Stadtrat über zwei Vorgänge entscheiden.

Infolge dessen fragte **Herr Dr. Meerheim**, wann die Verwaltung den Einwohnerantrag in den Stadtrat einbringe. Seines Erachtens müsse dies im Juni sein. Sollte der Stadtrat den Einwohnerantrag für unzulässig erklären, müsse dies und die Gründe dafür im Amtsblatt der Stadt Halle bekanntgegeben werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte die Vorgehensweise der Verwaltung. Der eingereichte Einwohnerantrag des Fördervereins Parkeisenbahn Peißnitzexpress Halle e. V. habe den formalen Anforderungen nicht entsprochen.

Daraufhin wurde seitens der Verwaltung ein Gesprächstermin mit dem Vorstand des Fördervereins vereinbart, um diesen auf die Formalien hinzuweisen und die Möglichkeit zu geben, die fehlenden Unterlagen nachzureichen. Der am 25.05.2012 stattgefundenen Gesprächstermin sollte abgewartet werden, bevor die Einbringung des Einwohnerantrages in den Stadtrat erfolge. Insofern werde der Einwohnerantrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung im Juni gesetzt, so dass der Stadtrat entsprechend der GO LSA über dessen Zulässigkeit befinden könne.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, fügte hinzu, dass der Gesprächstermin in einer guten Atmosphäre stattgefunden habe, da sich die Stadtverwaltung bemühe, eine tragfähige Lösung für den Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress zu finden. Zudem sei aber auch die Lage des Fördervereins nachvollziehbar, den Betrieb langfristig zu sichern.

Hinsichtlich der Presseerklärung, dass der Einwohnerantrag gescheitert sei, merkte **Herr Bartl** an, dass diese unglücklich formuliert war. Die Feststellung wurde bisher im Stadtrat nicht getroffen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte hinsichtlich der Presseerklärung zum Ausdruck, dass diese nicht von der Stadtverwaltung erfolgte. Im Zuge der letzten Hauptausschusssitzung, in der die Verwaltung lediglich darauf hingewiesen habe, dass die Formalien nicht eingehalten wurden und dazu Gespräche stattfinden sollen, erschien die Pressemitteilung, dass der Einwohnerantrag gescheitert sei.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte nach dem Zeitpunkt der Einbringung der Kleingartenkonzeption der Stadt Halle.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, dass diese erarbeitet wurde und sich aufgrund der finanziellen Auswirkungen derzeit in der Dezernatsbeteiligung befinde. Zielsetzung sei, die Kleingartenkonzeption nach der Sommerpause in den Stadtrat einzubringen.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 11 **Anregungen**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte bezogen auf die erst kürzlich stattgefundenene Einweihung des neuen Hauptsitzes der Leopoldina in der Stadt Halle, dass das Hinweisschild am Opernhaus die Besucher immer noch zu dem alten Standort der Leopoldina leite. Sie regte an, dies entsprechend zu ändern.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich für den Hinweis und nahm die Anregung auf.

Es gab keine weiteren Anregungen.

zu 12 **Anträge auf Akteneinsicht**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass folgender Antrag auf Akteneinsicht vorliege:

Antrag auf Akteneinsicht der FDP-Fraktion in die Bauunterlagen zum Umbau des Stadions Halle-Neustadt inklusive Planungsunterlagen, Verträge mit den Baufirmen und Bauabnahmeprotokolle sowie in den Mietvertrag der Stadt Halle mit dem HFC e. V. über die Nutzung der Räumlichkeiten im Stadion Halle-Neustadt bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus des Stadions in der Kantstraße (Erdgas Sportpark).

Es lagen keine weiteren Anträge auf Akteneinsicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 33. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
stellv. Protokollführerin